

August

2006

Rechtsextremismus in der Weitlingstraße - Mythos oder Realität

Problemaufriss im Berliner Bezirk
Lichtenberg

Claudia Luzar, Bernd Wagner,
Dierk Borstel, Gabriel Landgraf

Schriftenreihe

Zentrum

Demokratische

Kultur



Rechtsextremismus in der Weitlingstraße - Mythos oder Realität

Problemaufriss im Berliner Bezirk Lichtenberg

Herausgegeben vom:

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
Projektbereich Zentrum Demokratische Kultur „Community Coaching“
Mühlenstr. 47
13187 Berlin
info@zentrum-demokratische-kultur.de

Leitung und Öffentlichkeitsvertretung: Claudia Luzar
Koordination: Claudia Luzar
Autorinnen und Autoren: Claudia Luzar, Bernd Wagner,
Dierk Borstel, Gabriel Landgraf

Berlin, August 2006

Impressum

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
Mühlenstr.47
13187 Berlin
Geschäftsführer: Diplom-Kriminalist Bernd Wagner
Telefon: 0174 3706792
Telefax: 03212 4517890
E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de | bernd.wagner@zentrum-demokratische-kultur.de

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung.....	3
1.1. Vorgehensweise	4
1.2. Begriffsklärung.....	6
2 Die Berliner Weitlingstraße in Lichtenberg und der Rechtsextremismus.....	9
2.1. Historischer Abriss.....	9
2.2. Heutige rechtsextreme Organisationen und Strukturen.....	24
2.3. Infrastruktur der rechten Szene im Untersuchungsgebiet.....	33
2.4. Überschneidungen mit subkulturellen Milieus.....	36
2.5. Rechte Alltagsphänomene- zwei Beispiele aus dem Weitlingstraßenkiez.....	40
2.6. Auswertung der beiden Beispiele.....	43
3 Wahrnehmungsmuster verschiedener Akteure	46
3.1. Aktuelle Sichtweisen von Polizei und Verfassungsschutz.....	46
Akteure der Behörden der Inneren Sicherheit im Untersuchungsbereich.....	47
Vergleich Gewalt gegen Ausländer 1998-2003 Lichtenberg und Reinickendorf.....	52
3.2. Darstellung in den Medien	54
3.3. Problemsicht der Anwohner, Gewerbetreibenden und Experten.....	55
4. Zusammenfassung	59
5. Handlungsempfehlungen	61
6. Literaturliste.....	63
7. Anhang.....	66

1 Einleitung

Im Frühsommer 2006 war der Bezirk Lichtenberg, speziell das Distrikt um die Weitlingsstraße, immer wieder Thema der Berichterstattung in den Medien und Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Zumeist ging es um die Feststellung, dass Lichtenberg ein „rechter Bezirk“ sei, in dem organisierte Rechtsextreme und einschlägige Symboliken das Straßenbild dominierten. Nach dem tätlichen Angriff am 19. Mai 2006 auf den Berliner PDS Politiker Giyasettin Sayan, bei dem von einem vermutlichen rechtsextremen Motiv ausgegangen wurde, verstärkte sich der mediale und politische Druck sowohl auf die Einwohner Lichtenbergs als auch auf die kommunalpolitische Ebene. In den Medien fielen Begriffe wie „Neonazi-Hochburg“ und „No-Go-Area“¹ für die Weitlingstraße, ohne dass diese empirisch belegt wurden.

In diesem Zeitraum bekam das Zentrum Demokratische Kultur vom Bezirksamt Lichtenberg den Auftrag, ein Gutachten über die aktuelle Situation des Rechtsextremismus im Weitlingstraßenkiez zu erstellen und einen Überblick über rechtsextreme Gruppierungen und Aktivitäten zu zeichnen.

Es wird im Folgenden der Frage nachgegangen, ob es sich um einen „modernen Mythos“ in der Weitlingstraße handelt oder um ein historisch gewachsenes Aktionsgebiet der Rechtsextremen. Unter dem Begriff Mythos ist zunächst eine Erzählung von einem oder mehreren Ereignissen zu verstehen, die zur Erklärung eines Sachverhaltes dienen. Ein Mythos sagt jedoch nichts über den Wahrheitsgehalt der jeweiligen Erzählung aus. Vielmehr kann dieser auch Bilder und historische Momente aufgreifen, um sie zu einer mehr oder weniger verzerrten Erzählung zu verdichten. In diesem Sinne kann ein Mythos auch ein Identifikationsangebot darstellen.

Angesichts der Literaturflut zum Thema Rechtsextremismus mag es zunächst verwundern, dass es kaum wissenschaftliche Arbeiten zu der Frage gibt, wie mit den Problemen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auf kommunaler Ebene umgegangen werden kann². Die Ursachenanalyse in der Rechtsextremismusforschung konzentriert sich in der Regel auf die gesamtgesellschaftliche Ebene oder auf den Bereich von Familien und Individuen. Darauf haben kommunale Akteure jedoch wenig Einfluss. Gleichwohl sind sie es jedoch, die mit konkreten Ereignissen konfrontiert werden und deren Reaktionen mitbestimmen, inwieweit rechtsextreme Aktivitäten sich entfalten oder eingedämmt werden können. Ausgangsgedanke der vorliegenden Untersuchung ist es, dass rechtsex-

¹ Vgl: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,417918,00.html> (6.8.2006)

² Zu dieser Thematik sind bisher erschienen: Borstel, Dierk (2003): Gegen Rechtsextremismus hilft mehr Demokratie, Leipzig, Klemm, Jana/Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie (2003): Demokratische Stadtgesellschaften als Herausforderung. München

tre Organisationen und Gruppierungen sich in Stadtteilen und Bezirken besonders leicht im Alltag verankern können, wenn demokratische Diskurse, Strukturen und Engagement dort nur schwach ausgebildet sind und in der Öffentlichkeit wenig präsentiert werden.³

Handelt es sich bei den Übergriffen und Aktivitäten Rechtsextremer um eine Handvoll Protagonisten, die versuchen die Definitionsmacht rund um die Weitlingstraße zu besetzen oder ist aus einem historisch gewachsenen Kern von Rechtsextremen eine gezielte Strategie der Ansiedlung geworden?

Zu DDR-Zeiten war die 1200 Meter lange Weitlingstraße eine wichtige und beliebte Einkaufsstraße in Lichtenberg. Viele der hier seit Jahrzehnten ansässigen Läden waren weit über die Bezirksgrenzen hinaus bekannt. 1994 wurde das Areal rund um die Weitlingstraße als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Etwa 60 Prozent der Wohnungen befinden sich in Gebäuden, die vor 1919 errichtet wurden. Wegen Schäden an der Bausubstanz und einer schlechten Innenausstattung wurden viele Häuser nach der Wiedervereinigung in diesem Distrikt saniert.

Der regionale Untersuchungsraum in der Studie umfasst den Bahnhof Lichtenberg, die Weitlingstraße und deren Parallelstraßen bis zum Stadion Friedrichsfelde, eingegrenzt von der Lückstraße im Süden und der Skandinavischen Straße im Nordteil Lichtenbergs. Es wird untersucht, welche rechtsextremen Strukturen dort anzutreffen sind und wie die Problemsicht verschiedener Akteure auf den Bereich Rechtsextremismus ausgeprägt ist. Die Zeitspanne für die Erstellung des Gutachtens betrug zwei Monate. Aus diesem Grund kann der Bericht nur ein Standbild aufzeigen, die weiteren Entwicklungen werden auch von den Handlungen der beteiligten Akteure abhängen.

1.1. Vorgehensweise

Der Forschungsansatz bei der Erstellung des Gutachtens orientiert sich an einem qualitativen Verfahren, welches wir jedoch mit einem quantitativen Datensatz unterfüttern möchten.

Zunächst wird anhand einer Quellenanalyse von Primär- und Sekundärmaterial das Vordringen rechtsextremer Gruppierungen Anfang der neunziger Jahre im Bezirk Lichtenberg beschrieben.

Die Rechercheergebnisse mittels Interviewaussagen über aktuelle rechtsextreme Erscheinungsformen werden durch die Mitarbeit eines Berliner Neonazi-Aussteigers ergänzt. Die Bewertungen in den Kapiteln 2.2. und 2.3. sind im wesentlichen auf diesen Sachverhalt zurück zu führen. Die Auswahl von Gesprächspartnern wurde in Absprache mit dem Bezirksamt Lichtenberg getroffen. Interviews fanden mit folgenden Akteuren statt: Gewer-

³ Vgl. Strobl/ Klemm/ Würzel (2003): Demokratische Stadtgesellschaften als Herausforderung, München. S. 22

betreibende in der Weitlingstraße, Sozialpädagogen der Jugendarbeit, Angehörige zivilgesellschaftlicher Initiativen, Bürgervertreter, jugendliche Anwohner (u.a. Auszubildende eines Handwerksbetriebes, aus Jugendprojekten), der Stadtteilmanagerin sowie Migranten. Sie alle wohnen oder arbeiten in dem Weitlingstraßenkiez.

Es wurden fünfzehn leitfadengestützte Interviews, zahlreiche informelle Gespräche und zwei Gruppendiskussionen durchgeführt. Im Erhebungszeitraum wurden vier Sozialraumbeobachtungen getätigt. Das empirische Material besteht aus Transkriptionen der Interviews, Gedächtnisprotokollen, Texten, Fotos, Aufzeichnungen und Materialien der rechtsextremen Szene.

Einzelinterviews

Inhaltlicher Schwerpunkt der leitfadengestützten Interviews war die persönliche Einschätzung und Relevanzsetzung bezüglich des Rechtsextremismus in dem Sanierungsgebiet der Weitlingstraße. Orientiert haben wir uns an der Leitfadenkonzeption bei Lamnek⁴ mit den genannten fünf Phasen: Erklärungs-, Einleitungs-, Erzähl-, Nachfrage- und Bilanzierungsphase.

Der Interviewleitfaden gliedert sich wie folgt:

- Eigene Wahrnehmung des Phänomens Rechtsextremismus
- Konkrete Erscheinungsformen und Erfahrungen in den Bereichen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
- Das Bild von und über Migranten im Sanierungsgebiet
- Vorschläge für Verbesserungen einer demokratischen Stadtgesellschaft

Auswertung

Zur Entwicklung des Problemaufrisses wurden neben den leitfadengestützten Interviews auch Experteninterviews geführt. Letztere werden in der qualitativen Forschung zur Rekonstruktion komplexer Wissensbestände über einen untersuchten Gegenstand benutzt.

Die Informationen basieren auf praxisbezogenen Kenntnissen und Einschätzungen von Menschen, die aufgrund ihrer beruflichen Situation und der sozialen Eingebundenheit in die örtlichen Strukturen als Experten gelten können.

Nach der Transkription wurde für jedes Interview eine Inhaltsangabe geschrieben und auf Karteikarten die zentralen Themen und Leitfragen für das Gutachten notiert.

⁴ Lamnek (1995): Qualitative Sozialforschung. Weinheim. 70ff.

1.2. Begriffsklärung⁵

Rechtsextremismus

Es gibt unterschiedliche Definitionen, was unter Rechtsextremismus zu verstehen ist und wie dieser sich ausdrückt. In diesem Gutachten wird der Definition Jaschkes gefolgt, die es erlaubt, verschiedene Formen des Rechtsextremismus zu untersuchen:

„Unter Rechtsextremismus verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter Rechtsextremismus verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen. Rechtsextremismus ist eine antimodernistische, auf soziale Verwerfungen industriegesellschaftlicher Entwicklung reagierende, sich europaweit in Ansätzen zur sozialen Bewegung formierende Protestform.“⁶

Für die Arbeit interessant ist bei Jaschke, dass er Rechtsextremismus nicht auf Parteien und Organisationen beschränkt, sondern von einer angehenden sozialen Bewegung spricht.

Auch spielt die Fokussierung auf Gewaltakzeptanz eine untergeordnete Rolle.⁷ In diesem Gutachten werden weiterhin folgende Begriffe benutzt:

Rechtsextremer Lifestyle

Der Begriff beschreibt das Tragen von Kleidung mit rechtsextremen Symbolen und Codes sowie das Hören von rechtsextremer Musik. Die rechte Szene hat ihren Mode- und Klei-

⁵ In Anlehnung des Begriffsapparates des Zentrum Demokratische Kultur, übernommen und überarbeitet aus: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2003)

⁶ Hans-Gerd Jaschke (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe - Positionen - Praxisfelder, Opladen. S. 31

⁷ Vgl. dazu Definition von Heitmeyer (1994): Die Bielefelder Rechtsextremismus Studie. Weinheim. S. 46

dungsstil fundamental verändert. Bestimmten in den neunziger Jahren Bomberjacke und Springerstiefel das Bild, entwickelte sich Anfang 2000 eine neue „Ästhetik“. Anfangs noch stark umstritten, versuchte die Strömung um die Autonomen Nationalisten⁸ einen modernen, jugendkulturellen Kleidungsstil zu entwickeln, der sich einerseits an der Musik und Jugendkultur des „Hardcore“ und „Hip-Hop“ orientierte, aber auch auf Symbole und ästhetische Stilelemente der autonomen, antifaschistischen Szene zurückgriff. Die rechtsextreme Bewegung wollte damit offener sein für andere Jugendkulturen und einen leichteren Einstieg in die politische Arbeit ermöglichen. Sozialarbeiter, Polizei und andere staatliche Institutionen sollten Schwierigkeiten haben, rechtsextreme Akteure zu erkennen und auf deren antidemokratische Grundhaltung zu reagieren. Für einen Laien sind die Markierungen der rechtsextremen Jugendlichen auf den ersten Blick kaum noch zu entschlüsseln. Anstecker und Buttons an der Kleidung oder den Mützen lassen heute die politische Zuordnung erkennen. Auch der Musikmarkt in dieser Szene ist breiter und ausdifferenzierter geworden. Heute existiert neben der Skinheadmusik ebenso ein Angebot aus Hardcore, Death/Black Metal und Folkmusik.

Gleichzeitig versucht die rechtsextrem-organisierte Szene Anknüpfungspunkte in den musikalischen Bereichen des Hip-Hop und der Pop Musik zu finden, so werden beispielsweise Textpassagen der Bands „Wir sind Helden“ oder „Die Ärzte“ auf Transparenten oder Flugblättern benutzt oder deren Lieder auf Demonstrationen gespielt.

Rechtsextreme, Führungsperson

Rechtsextremismus ist keine kohärente Ideologie. Vielmehr besteht er aus verschiedenen Fragmenten wie Rassismus, Antisemitismus, Patriotismus und der Bezugnahme auf den Nationalsozialismus. Rechtsextreme sind Personen, die über ein gefestigtes Weltbild verfügen, Mitglied in einer Organisation sind oder Kontakte zu rechtsextremen Gruppierungen und Parteien besitzen. Führungspersonen sind Wortgeber in der Szene, besitzen Aufgaben in Kameradschaften und Parteien und eine Vorbildfunktion. Sie können sowohl öffentlich auftreten als auch im Hintergrund arbeiten.

Rechtsextreme Alltagskultur ⁹

Unter rechtsextremer Alltagskultur verstehen wir Gewohnheiten, Gebräuche und Gegenstände des Alltags, die nicht im Sinne von bildender Kunst, Musik und Literatur durch

⁸ Eine genaue Darstellung dieses Bewegungsansatzes finden Sie im Kapitel Rechtsextreme Organisationen und Strukturen

⁹ Den Begriff der Alltagskultur prägte mit seinen Studien der französische Soziologe Bourdieu. Vgl dazu: Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M. 1987

eine definierte Elite wahrgenommen werden. Gegenstände der Untersuchung für uns sind unter anderem Freizeitverhalten, Umgangsformen innerhalb der rechtsextremen Szene, Kino, Mode und Sport.

Angsträume

Angsträume sind Orte im öffentlichen Raum, an denen Menschen Furcht haben, verbaler oder physischer Gewalt ausgesetzt zu sein. Die Übergriffe müssen nicht real sein. Es besteht meist ein aus realen Geschehnissen basierender Ruf, dass es an dem Ort nicht sicher sei. Angsträume können über längere Zeit existieren oder situativ und temporär sein. Klassische Bereiche sind z.B. Unterführungen, Parks und Bahnhöfe.

Rassismus

Während Rechtsextremismus mit einer bestimmten Vorstellung von einer Gesellschaftsordnung verknüpft ist und sich als politisches Konzept versteht, ist Rassismus eher ein Konglomerat aus gesellschaftlichen Werten, Normen und Praxen, basierend auf Traditionen von Ausgrenzung und Unterdrückung. Rassismus wird verstanden als ein System kollektiver Bilder, Erzählungen und gesellschaftlichen Institutionen, die aktuelle Machtverhältnisse legitimieren und stabilisieren. Er basiert auf der Annahme der Unterschiedlichkeit verschiedener menschlicher Rassen oder aufgrund von verschiedenen kulturellen Merkmalen. Balibar spricht in diesem Zusammenhang von einem kulturellen Rassismus, der auch als Neorassismus bezeichnet werden kann. Kultur wird im Neorassismus als statischer Begriff benutzt, der letztlich wieder einen biologischen Ursprung aufweist.

„Der Rassismus gehört [...] in dem Zusammenhang einer Vielzahl von Praxisformen (zu denen Gewaltanwendung ebenso gehört wie Formen der Missachtung, der Intoleranz, der gezielten Erniedrigung und Ausbeutung), sowie von Diskursen und Vorstellungen, die nichts weiter darstellen als intellektuelle Ausformungen des Phantasma der Segregation bzw. der Vorbeugung und die sich um die stigmatisierenden Merkmale des radikal Anderen (wie Name, Hautfarbe und religiöse Praxisformen) herum artikulieren“.¹⁰

Auch der moderne Rechtsextremismus benutzt verstärkt Elemente des kulturalistischen Rassismus, die sich auf unvereinbare Religionen, Mentalitäten und Aufteilungen in das polarisierte „Anderer“ beschränken. Doch auch bei der Untersuchung des alltäglichen Rassismus, der nicht mit dem Rechtsextremismus gleichzusetzen ist, sich teilweise von diesem abgrenzt, ist eine erweiterte Definition nützlich. Rassismus wird keineswegs nur von

¹⁰ Etienne Balibar/ Immanuel Wallerstein (1998): Rasse, Klasse, Nation. Hamburg-Berlin. S. 26

Extremisten vertreten, sondern ist gesellschaftlich und politisch in allen Milieus und Schichten verbreitet.

2 Die Berliner Weitlingstraße in Lichtenberg und der Rechtsextremismus

Rechtsextremismus lässt sich anhand mehrerer Indikatoren messen. Zu ihnen zählen das Wahlverhalten bezüglich rechtsextremer Parteien, die Kriminalitätsstatistik rechtsextremer Gewalt, das Vorhandensein von Organisationen und Strukturen, aber auch alltagskulturelle Phänomene. Die Tatsache, dass rechtsextreme Gruppierungen nicht zufällig aktiv werden, sondern in bestimmten Bezirken und Milieus ansässig sind, lässt sich historisch an der Gegend rund um die Weitlingstraße aufzeigen.

2.1. Historischer Abriss

Der Weitlingkiez hat eine Geschichte des Rechtsextremismus, die weit in die DDR- Vergangenheit zurück reicht. Unterlagen der Deutschen Volkspolizei, des Ministeriums für Staatssicherheit und wissenschaftlichen Arbeiten der Humboldt Universität ¹¹ belegen, dass Ost- Berlin ein Ursprungsort einer DDR- eigenen rechtsextremen Szeneentwicklung war. Der Stadtbezirk Lichtenberg besaß eine deutliche Relevanz, was offensichtlich in der Spezifik der dort wohnenden Bevölkerung, ihrer sozialen, kulturellen und geistig-politischen Entwicklung und Interaktion begründet war. So siedelten sich sowohl klassisch „proletarisch-berlinerische“ als auch „Elitenmilieus“ in dem Bezirk an. Ideologiefragmente einer rechten Jugendkultur waren bestimmt von der Kritik an den Verhältnissen in der DDR, einer Idealisierung des Westens als antikommunistischem System und als nationaler Zufluchtsstätte. Zugleich bezogen sich rechts-orientierte Jugendliche auf ein tradiertes Bild des Arbeiters, der in der „Elektrokohle“¹² schuftete und trotz seines Arbeitseifers nicht den Genussträger des realen Sozialismus darstellte.

Ideologisch propagierten diese Personenkreise einen anderen Sozialismus, sehnten sich aber ebenso nach dem konsumtiven Kapitalismus. Diese Diskurse spielten sich auch in der Weitlingstraße und ihrer Umgebung ab.

¹¹ Arbeiten an der Sektion Kriminalistik und der Sektion Soziologie der Humboldt-Universität zu Berlin ab 1988

¹² Der Volkseigene Betrieb VEB Elektrokohle Lichtenberg (EKL) war ein Industriebetrieb, der als Herz der Arbeiterklasse galt. Der Hauptsitz war in der Herzbergstraße in Berlin-Lichtenberg. Der Betrieb war der einzige Hersteller für Graphitprodukte in der DDR, er beschäftigte über 2000 Mitarbeiter

Subkultur und Rechtsextremismus in den 1980er Jahren

In der DDR entwickelten sich in den 1980er Jahren rasant Jugendkulturen, die eine Reaktion auf die gesellschaftlichen Verhältnisse waren und zugleich internationale Trends aufnahmen. Eine herausragende Rolle spielten hier die Punks und Skinheads. Daneben gab es auch Jugendkulturen, die in die Entwicklung rechtsextremer Tendenzen hineinwirkten und von dieser berührt waren.

Entscheidend für die rechtsextreme Entwicklung in der DDR war die verbreitete Vorstellung einer natur- und kulturbedingten Ungleichheit der Menschen, der Hierarchie und Wertigkeit verschiedener Ethnien, Kulturen und Völker sowie der Vormachtstellung des deutschen Arbeiters im Sozialismus. Diese Konstruktionen knüpften an allgegenwärtige sozialistische Ideologeelemente im Alltagsleben an und griffen auf den Sozialdarwinismus zurück, deren geistige Figuren als „lebensrichtig“ und dem „gesunden Menschenverstand“ gemäß erschienen. So entstand auf der alltagsphilosophischen Ebene eine Vorstellung, die mit dem Begriff der Systemopposition vereinbar war. Feindschaft war in dieser Vorstellungswelt eine wichtige Kategorie, die sich zunächst prinzipiell auf den Staatsapparat der SED sowie auf dessen exekutive Vertreter kaprizierte. Gewalt wurde in der Ausprägung der Vorstellungswelt ein wichtiges Mittel zur Sicherung der Identität von Gruppen und zur Behauptung gegenüber dem bedrängenden Außen.

In diesem Prozess kann in den 1980er Jahren eine Transformation der Gewaltintensität, -dichte und Häufigkeit festgestellt werden, wie sie in Zeitzeugengesprächen sichtbar wurden.

Die mehr und mehr um sich greifende rechtsextreme Ideologie bewegte sich deutlich in Richtung ihrer nationalsozialistischen Variante, was vor dem Hintergrund der durchlebten Gesellschaftsgeschichte nicht zufällig und auch nicht dem „Westen“ anlastbar war. So stellte ein junger Rechtsextremer, Arbeiter und Skinhead aus Berlin-Lichtenberg in der Mitte des Jahres 1988 folgendes dar:

„Wichtigster Aspekt in der Vorbereitung zur nationalsozialistischen Umgestaltung Deutschlands ist die Propagierung des wahren Nationalsozialismus im Allgemeinen und die Überzeugung des Volkes, dass es sich um eine Gesellschaftsform mit humanem Anliegen handelt. Es muss begreiflich gemacht werden, dass in der Zeit von 33 - 45 die Ideologie des NS verfälscht und missbraucht wurde, da in der Führung Personen Einfluss gewannen und auftraten, die persönliche Vorteile aus der Volksgemeinschaft herauschlagen wollten. Der Nationalsozialismus wurde in dieser Zeit als Vorwand genommen, um großindustrielle und monopolwirtschaftliche Interessen zu fördern, die zum Nutzen der Kapitalisten und nicht der ganzen deutschen Volksgemeinschaft waren. Es wurde ein Teil der nationalen Ideale verwirklicht, insgesamt handelte es sich um Pseudonationalsozialismus, ähnlich wie es sich heute z.Z. in der so genannten DDR

um Pseudosozialismus handelt. Es muss dem deutschen Volk bewusst gemacht werden, dass im Nationalsozialismus der Wert jedes deutschen Bürgers, der die Volksgemeinschaft anerkennt und sich in ihr integriert, gleichmäßig und gleichberechtigt gehoben wird. Wirtschaft und Politik dienen uneingeschränkt der gesamten Nation. Der Lebensstandard des deutschen Bürgers, ob Arbeiter oder Intellektueller, wird extrem steigen. Begriffe wie Arbeitslosigkeit, Armut, Manipulation, Bereicherung usw. werden in Deutschland Utopie sein. Keinem Deutschen werden in irgendeiner Angelegenheit Nachteile gegenüber seinen Volksgenossen erstehen. Das Nationalsozialistische Deutschland kann kein Teil Deutschlands sein, sondern Deutschland insgesamt, so wie es in den Grenzen von 1937 festgelegt war. Auf diesen Grenzen zu bestehen, ist schlicht und einfach unser Recht, allein in historischer Hinsicht.“¹³

Hier zeigt sich exemplarisch der Ansatz eines dritten sozialistischen Weges, der jenseits der historisch obsoleten Praxis in die Geschichte gebracht werden sollte.

Es wurden die sozialen Erfahrungen mit der DDR ebenso verarbeitet, wie das Scheitern des „Dritten Reiches“. Darüber hinaus wurde nicht einmal der Holocaust¹⁴ verleugnet, was erst nach 1990 mit der Herstellung des Gleichschritts mit westdeutschen Nationalsozialisten geschah. Im Nationalsozialismus wurde das grundsätzlich Positive gesehen. Der reale Sozialismus war in diesem Zusammenhang der falsche Weg für die Vollendung des deutschen Weges zu sozialer Gerechtigkeit. Im Nationalsozialismus sahen einige junge Leute in der Weitlingstraße und anderswo die „Deutsche Arbeitsethik“ im Unterschied zur DDR.

Die in der Jahrzehntwende der 70er zu den 80er Jahren stark hervortretenden Jugendkulturen, wie beispielsweise Punk, Skinhead, Gruffie und Heavy Metal, differenzierten sich im Verlaufe der achtziger Jahre ideologisch aus. Es gab diejenigen Gruppen, deren Identität auf Gewalt beruhte bzw. in denen sie als probates Instrument zur Durchsetzung von Ansprüchen galt und andere, deren Selbstverständnis Gewalt gänzlich oder weitgehend ausschloss.

Die rechtsextreme Richtung, in sich sozial und politisch differenziert, wurde zum Ende der DDR immer stärker, präsenter, gewalttätiger und ideologischer. Organisiert in *kleinen Gruppen*, arbeiteten diese auch überregional in *Gruppennetzwerken* mit Binnenstrukturen, wie sie auch heute für *Kameradschaften* gelten, zusammen. Zwar gab es immer wieder Vorstellungen, sich auch in einem größeren Maßstab, als politische Einheit zu formieren. Diese wurden jedoch sogleich ad acta gelegt, da es nicht möglich war, im Rahmen der formierbaren Kraft und vor allem wegen der staatlichen Eingriffe durch SED, Staatssicherheit und Volkspolizei sich überregional zu organisieren. Nicht unbeachtlich waren in diesem Zusammenhang auch mentale Merkmale der Szene, die mit einem klassischen

¹³ Vgl. Bernd Wagner, *Jugend-Gewalt-Szenen*, Berlin 1994, S.49

¹⁴ In Berlin-Marzahn trat 1988 kurzzeitig sogar eine Gruppierung namens „Zyklon B“ auf den Plan

Bild „Rechts“ oder „Nazi“ wenig vereinbar waren, wie Schwierigkeiten mit Disziplin, Ordnung und Führung.

Viele Szeneanhänger waren in diesem Stadium noch eher Träger von antistaatlicher Subkultur, denn Akteur einer nationalsozialistischen Organisation. Diese Mentalitätsstruktur wirkt bis heute durch. Sie ist mit dem aktuellen rechtsextremen Politikansatz des Nationalen Widerstandes, dessen Zentrum die nationalistische alternative Lebensweise ist, kompatibel. *Skinheads* spielten im Zusammenhang mit der Transformation in den Rechtsextremismus eine bedeutsame Rolle. Zumeist aus der Punkszene und dem Fußballfananhang kommend, hielten sie sich in Berlin vorrangig in den Kreisen des BFC Dynamo, aber auch des FC Union auf¹⁵. Sie tendierten später in ihrer personalen und strukturellen Entwicklung in die Richtung „Blood & Honour“ und NS-Kameradschaften.

Von Anbeginn war das identitäre Bestreben, eigene Räume¹⁶ zu besetzen, ausgeprägt und das unabhängig von der möglichen Größenordnung, die erreichbar war. Insofern brachte die Kombination von Gruppe, Ideologie und Gewalt spontan das Verhaltensmuster des Eroberns von Terrains hervor, welches danach strebt, die eigene Lebensweise in für wichtig erachteten Bereichen als die ultima ratio durchzusetzen und diese gegen Widerstände und Feinde zu bekämpfen.

In dieser Zeit kam es zur Herausbildung einer spezifischen Kriminalitätsstruktur als wahrnehmbarem Alltagsphänomen, was heute im wesentlichen unter dem Begriff der rechtsextremen Straftat subsummiert wird. Als Hauptfeinde galten Linke¹⁷ und Ausländer¹⁸, aber auch andere Personengruppen, wie Langhaarige¹⁹, Grufties und Ökos.

Die Überfälle auf Andersdenkende und Migranten waren weniger auf eine organisierte Struktur zurück zu führen, sondern erfolgten spontan von kleinen Gruppen, nach der Maxime „Vorsatz bei Gelegenheit“. Das Gebiet Weitlingstraße in Berlin-Lichtenberg hatte eine erhebliche Anzahl von jungen Bewohnern, die tragende Figuren in der sich entwickelnden rechtsextremen Szene waren. So war während der Wendezeit das stadtgeogra-

¹⁵ Der Zusammenhang zwischen Fußballfananhang und rechtsextremen Entwicklungen kann an dieser Stelle nicht dargestellt werden

¹⁶ Vgl. Paul L. Knox, Sallie A. Marston, Humangeographie, Heidelberg, Berlin, S.44

¹⁷ Als „Linke“ galten im subkulturellen Spektrum Punks, die zugleich als „abartig, asozial und undeutsch“ qualifiziert wurden, alle SED- und Staatsklientel und alle „Alternativen“ jenseits der SED, außerhalb oder innerhalb kirchlich-evangelischer Zusammenhänge, was temporäre Kommunikationen jedoch nicht ausschloss

¹⁸ Hier war schon der Rassismus als Basis des Ausländerbegriffs komplett ausgeprägt. Ausländer wurden über „Rassemerkmale, wie der Hautfarbe und Sprache definiert. Es wurde zwischen „verträglichen“, verwandschafteten und fremden, ablehnungs- und bekämpfungswerten Ausländern unterschieden

¹⁹ Das ließ in Ostberlin trotzdem ein zugewandtes Verhältnis mit den als rechtsextrem identifizierten Berliner „Vandalen“, der ersten bekannten „Nazi-Rocker“-Gruppierung der DDR zu.

fische Gebiet für die rechtsextreme Szene sozial und „kampfseitig“ gut erschlossen, was bei der Entscheidung, sich im Bereich Weitlingstraße Häuser anzueignen, sicherlich eine Rolle spielte.

Zur Nationalen Alternative (NA)²⁰ und ihrem Aktivitätsnetz

Als am Abend des 31.1.1990 in der Lichtenberger Wohnung von Frank Lutz die Nationale Alternative/NA gegründet wurde, begann ein neues Kapitel in der Geschichte des deutschen Rechtsextremismus: Die erste rechtsextreme Partei hatte sich in der DDR formiert. Sie wird kurze Zeit später untrennbar mit der Weitlingstraße verbunden sein und begründete den historischen Mythos des Kiezes Weitlingstraße. Sie beerbte die Szenestrukturen der Vorwende-DDR und konstituierte die Tradition des örtlichen Rechtsextremismus in seinen vielgestaltigen Erscheinungsformen. Die Gründungsmitglieder waren durchweg seit Jahren in der einschlägigen Szene aktiv gewesen: Frank Lutz und André Riechert hatten beispielsweise an dem Überfall auf die Zuhörer eines Punkkonzertes in der Ostberliner Zions- Kirche am 17.10.1987 teilgenommen. Gegen sie und Bendix Wendt, sowie Heiko Baumert war außerdem seit 1986 wiederholt wegen Waffen- und Sprengstoffbesitzes ermittelt worden. Sie hatten auf den Schauplätzen der „Schlacht um Berlin“ nach Waffen, Munition, Uniformteilen u. ä. Gegraben.

Ingo Hasselbach²¹ stand zwischen 1985 und 1989 fünfmal vor dem Richter; Strafvorwurf entsprechend der DDR-Kategorisierung für jugendliche Randgruppen: Rowdytum, Beleidigung, staatsfeindliche Hetze und öffentliche Herabwürdigung. Der harte Kern der Gruppierung kannte sich bereits von der Lichtenberger Front bzw. der Bewegung 30. Januar. Der soziale Hintergrund der Jugendlichen war nicht untypisch für die rechtsextreme Szene in der DDR: Ihre Väter waren unter anderem Journalisten, Intendanten, hauptamtliche SED-Funktionäre und Stasi-Mitarbeiter. Fast alle Gründungsmitglieder der NA sind in Lichtenberg geboren und aufgewachsen. Hasselbach hatte die DDR im Herbst 1989 verlassen und war kurzzeitig in der Deutschen Volksunion(DVU) organisiert. Mitte Januar wurden dann mit Unterstützung von Thomas Wulff („Steiner“)²², des Vorsitzenden der militant-extremistischen Hamburger Nationalen Liste/NL²³ die Pläne für eine eigenständige Partei geschmiedet. Programm und Satzung der NL brauchten nur unwesentlich geändert werden. Der Nationalen Alternative gelang es als erster rechtsextremer Partei, in das

²⁰ Thomas Grumke, Bernd Wagner (2002): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen. S.16f.,24,32,414

²¹ Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner (2002): Handbuch Rechtsradikalismus. Opladen. S.327, 414,415

²² Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner (2002): Handbuch Rechtsradikalismus. Opladen. S.342

²³ Thomas Grumke, Bernd Wagner (2002): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen. S.22,381,414

Parteienregister der Volkskammer der DDR aufgenommen zu werden. Die Einflussnahme der westdeutschen Rechtsextremisten wurde gesichert, indem sich der Westberliner Neonazi Oliver Schweigert, der ebenfalls eine jahrelange ultrarechte Karriere hinter sich hatte, der Gruppe anschloss. Eine offizielle Parteifunktion durfte Schweigert bis zum 22.7.1990 nicht ausüben, da er nicht DDR-Bürger war. Dann wurde dieses Gesetz von der Volkskammer geändert. In dem Gründungsprotokoll der NA fehlte jeder Hinweis auf das Vorstandsmitglied Bendix Wendt, verantwortlich nicht nur für "Abwehr und innere Sicherheit", sondern auch für die Organisation und Durchführung von Wehrsportlagern. In den Leitlinien der Abwehr hieß es:

„Aufgabe der Abwehr ist es, sämtliche Gegner zu erfassen und zu bekämpfen. In jeder Gruppe sind ein bis zwei Mann für die Abwehr abzustellen. Abwehrarbeit geht, bis auf einzelne Ausnahmefälle, vor anderen Aufgaben. Folgende Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen sind als unsere Gegner zu betrachten: Hauptinteresse: militante Autonome, linksradikale Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, z. B. Punks, Grufties, Red-Skins, linke Intellektuelle und Parteien[...] Abwehrarbeit hat nach folgenden Gesichtspunkten zu erfolgen: Feststellung von Aufenthaltsorten der Gegner und Wohnungen, Treffpunkte, Demos usw., fotografisches Festhalten und Katalogisierung der Zielpersonen, Einleitung von nachfolgenden Schritten zur Bekämpfung, Ausschaltung und Überwachung.“²⁴

Diese Tätigkeiten werden bis heute in den verschiedenen Strukturen der rechtsextremen Szene unter dem Namen Anti-Antifa fortgeführt. Der Rechtsabteilung der DDR-Volkskammer war in dem moderat gehaltenen Parteiprogramm die für rechtsextreme Parteien typische Klausel über Mehrfachmitgliedschaften nicht aufgefallen: „Die Mitgliedschaft in der Nationalen Alternative ist vereinbar mit der Mitgliedschaft in allen anderen Parteien, deren Satzung keine Unvereinbarkeitsklausel bezüglich der Mitgliedschaft in anderen Parteien enthält oder die keinen gegen die Nationale Alternative gerichteten Unvereinbarkeitsbeschluss erlassen haben.“²⁵ Trotz der Hinweise auf den Charakter der neuen Partei und einer vom Präsidenten der Volkskammer im März angeordneten Überprüfung bei der Generalstaatsanwaltschaft änderte sich am Parteienstatus der NA nichts. Durch Mitgliedsbeiträge konnte sie nicht allein finanziert werden, deshalb entwickelten die Kader einen schwungvollen Militaria-Handel, verkauften MfS- und NVA-Akten sowie Fahrzeugteile und Granatsplitter aus dem Zweiten Weltkrieg. Im Frühjahr 1990 hatte es eine Veranstaltung mit Michael Kühnen gegeben, den die Mitglieder der NA Mitte Februar in Hamburg persönlich kennen gelernt hatten. Während der Veranstaltung wurde der umstrittene Beschluss gefasst, der Deutschen Alternative/DA beizutreten. Die Umsetzung erfolgte auf dem Gründungsparteitag der Deutschen Alternative Mitteldeutschland am 16.3.1990.

²⁴ Zitat aus einem beschlagnahmten Originaldokument aus dem Bestand der Nationalen Alternative

²⁵ Parteiprogramm der Nationalen Alternative 1990

Obwohl Frank Lutz die Selbständigkeit der NA hervorhob, wurde Ingo Hasselbach zum stellvertretenden Vorsitzenden der „Sektion DDR“ gewählt, und Oliver Schweigert versuchte, die Weitlingstraße 122 in eine Außenstelle der DA umzuwandeln. Heiko Baumert und Bendix Wendt arbeiteten nach dem SS-Prinzip: dem „Führer“ müsse unbedingter Gehorsam geleistet werden. Das führte zu erheblichen Spannungen mit Frank Lutz und Ingo Hasselbach sowie mit Arnulf-Winfried Priem²⁶, dem Chef des Hauptschulungsamtes Wotans Volk im Asgard Bund e. V. Nach heftigen Diskussionen unterzeichnete die NA-Führungsriege die ohne ihre Mitwirkung entstandene „Berliner Erklärung“ des Berliner Blocks, des „Dachverbandes für alle deutsch-alternativen Kräfte in ganz Berlin“. Am 9.8.1990 änderte die NA ihre Satzung dahingehend, dass sie nur noch als „Gesamt-Berliner-Regionalpartei“ auftreten wolle. Die Gebietsverbände der NA in der gesamten Republik wurden aufgelöst. Zwei Wochen nach der Satzungsänderung war die Ursache klar: Am 25.8.1990 stellte die Deutsche Alternative den Antrag auf Registrierung im Parteienregister der DDR, das Kürzel DA war frei, nachdem der Demokratische Aufbruch von der CDU aufgesogen worden war. Eine erneute Veränderung im Vorstand brachte der 2. Parteitag der NA am 26.9.1990. Ingo Hasselbach wurde zum Vorsitzenden gewählt, Schweigert zum Stellvertreter. Obgleich Oliver Schweigert erst an vierter Stelle der Kandidaten für die Wahlen am 2.12.1990 stand, wurde er im Wahlkreis IV in Berlin-Lichtenberg aufgestellt. Das Ergebnis war vernichtend. Im Februar und Oktober 1991 fanden noch einmal Parteitage statt, aber der politische Abstieg der Partei war nicht mehr aufzuhalten. Es fehlten politische Konzepte, die über Straßengewalt und einen nationalen Lebensstil hinaus gingen. Die Organisation zerfiel, ein Teil der Mitglieder glitt ins kriminelle Milieu ab, andere schlossen sich neuen rechtsextremen Gruppen an.

Ingo Hasselbach verließ das rechte Lager endgültig im Frühjahr 1993. Letztes und einziges NA-Mitglied ist am Ende Oliver Schweigert. Die NA wurde nie offiziell aufgelöst und verfügt heute noch über ein Bankkonto in Berlin.

Hausbesetzung/„Nationale“ Häuser

Bedeutsam ist die Geschichte der Besetzung eines Hauses durch die rechtsextreme NA-Szene in der Lichtenberger Türirschmidtstraße 17 im Frühjahr 1990. Da das Gebäude der Bezirksverwaltung für Straßenwesen gehörte, bot die staatliche Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV) den Besetzern mehrere Ausweichprojekte an, u. a. auch das später berühmte Haus Nr. 122 in der Weitlingstraße. Dieses Haus war nie besetzt, sondern es

²⁶ Priem ist heute noch im Sinne des NS und der nordisch-arischen Idee in Berlin aktiv, nebenher hat er sich auch mit Haltung des schwarz-weiß-roten „Deutschen Reichshuhn“, einer Züchtung aus dem Jahre 1908, beschäftigt. Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S.294

existierte ein regulärer Vertrag, abgeschlossen am 20.4.1990, dem Geburtstag des „Führers Adolf Hitler“, ein in der NA bedeutender symbolischer Akt. Zu den Substrukturen der NA zählte die so genannte Bürgerinitiative Wohnraumsanierung/WOSAN, die sich mit einem geschickt aufgemachten Flugblatt von Christian Worch²⁷ an die Einwohner des Wohngebietes wandte. Aber auch städtische Sozialarbeiter versuchten den Kreis von jungen Rechtsextremen zu erreichen und diese in pädagogische Arbeit zu integrieren. Einige Führungspersonen wie Ingo Hasselbach und Frank Lutz arbeiteten zeitweise in einem Lichtenberger Bauprojekt. Die Vereinbarung zwischen ihnen und dem Sozialarbeiter beschränkte sich darauf, alle national ausgerichtete Politik aus dem Projekt herauszulassen. Während einige Rechtsextreme am Tag in dem Lichtenberger Sozialprojekt arbeiteten, nahmen sie abends an Überfällen auf alternative Wohnprojekte teil. Dieses Gewaltpotential wurde laut Ingo Hasselbach von den Sozialarbeitern massiv unterschätzt.

Nach einer Straßenschlacht im Oktober 1990 in der Pfarrstraße zwischen linken Hausbesetzern und Rechtsextremen, wurden Hasselbach, Lutz und Michael Prötzke aus dem Projekt entlassen.

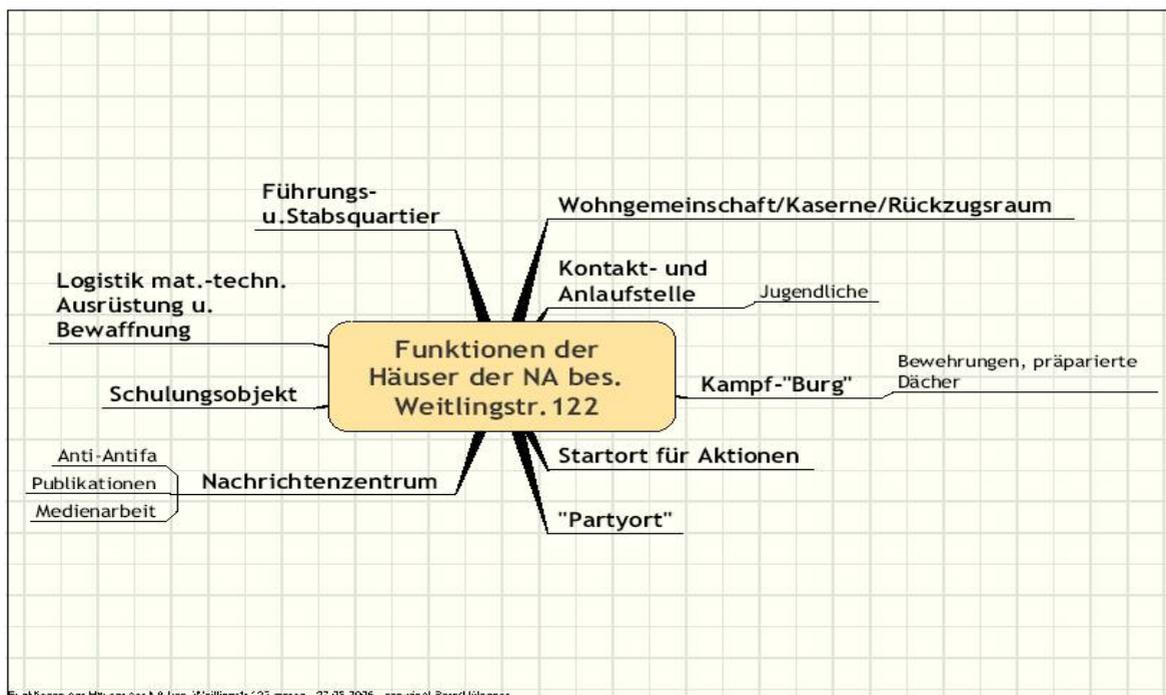
Besonders aktiv entwickelte sich die Unterstützung des Projekts der Häuser in der Weitlingstraße und Umgegend durch die zwei Führungsfiguren der österreichischen Volkstreu- en Außerparlamentarischen Opposition/VAPO, den „Bereichsleiter Ostmark“, Gottfried Küssel²⁸, und den „Gauleiter Salzburg“, Günther Reinthaler. Sie führten Propaganda- und Schulungsmaterial ein. Küssel übernahm Verhandlungen mit den Behörden, so auch mit der Volkspolizei anlässlich der Verhaftung von Ingo Hasselbach und anderen am 27.4.1990. An diesem Tage stürmte um 15.30 Uhr eine Anti-Terror-Einheit der Ostberliner Polizei die Häuser Weitlingstraße 117, 119 und 122. 19 Personen wurden vorläufig festgenommen und gegen Alexander Dietze, Frank Lutz, Ingo Hasselbach und André Riechert Haftbefehle erlassen. Der „Häusersturm“ zog eine Solidarisierungswelle innerhalb der rechten Szene und des Sympathisantenumfeldes nach sich. Die Mitgliedszahlen stiegen sprunghaft; in- und ausländische Pressevertreter und Kamerateams stilisierten die Gruppe zu einer akuten Gefahr und zu einer bedeutsamen politischen Kraft hoch. Die Teilnahme der NA an der Kommunalwahl konnte erst am 3.5.1990 nach einer Aufforderung durch den Ost-Berliner Polizeipräsidenten an die Wahlkommission der DDR verhindert werden. Nach fünfwöchiger Haft wurden die NA-Funktionäre entlassen. Während ihrer Haftzeit hatte das erste Ost-West-Wehrsportlager in der Schorfheide stattgefunden, überfielen unter der Führung von Reinthaler etwa 400 junge Rechtsextremisten ein benachbartes Wohnheim für ausländische Vertragsarbeiter.

²⁷ Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S.273

²⁸ Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S.275

In der Partei vollzog sich ein Bruch; die „Realos“ wollten das Haus verlassen, das finanziell und organisatorisch nicht mehr zu halten war, die Fanatiker hinter Gottfried Küssel wollten „das Fanal für Deutschland“, „das Zeichen für die ganze rechte Bewegung“ unbedingt halten. Die NA knüpfte nicht nur Kontakte zu Parteien und Organisationen aus dem Umfeld der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front und zu den Jungen Nationaldemokraten, auch die Republikaner wünschten ihrerseits Zusammenarbeit. Der Lichtenberger Kreisvorsitzende der DSU, der Altphilologe Dr. Bernd Witte, bot seinen Übertritt zur NA an. Um die Weitlingstraße herum und am Lichtenberger Bahnhof kam es in der Zeit der Aktivitäten der Nationalen Alternative in Permanenz zu Angriffen auf Ausländer und „Un-deutsche“, gegen Linke und Sicherheitskräfte. Es waren sowohl NA-Leute als auch „unorganisierte“ Kräfte, die als Täter in Erscheinung traten. So tauchten im Umfeld der NA immer wieder die Hooligans des BFC-Dynamo auf und es kooperierten die Schläger der Anale Gang um den bekannten Jens-Uwe Voigt, der schon in der DDR gemeinsam mit den Nazis gewalttätig agierte.

Auswirkungen



Mit dem Hausprojekt in der Weitlingstraße 122 eigneten sich erstmals Rechtsextreme ein öffentliches Gebäude an, nutzten dies als Wohnhaus und politisches Agitationsfeld.²⁹ So fungierte die Weitlingstraße 122 zu einem historischen Symbol für die rechtsextreme Szene. Die Nationale Alternative richtete die Parteizentrale im Haus ein und führte monatliche Pressekonferenzen und Veranstaltungen durch. Es befanden sich in dem Haus dennoch verschiedene rechtsextreme Kreise und Milieus. Innerhalb der rechtsextremen Szene wurde von einem Stabsquartier gesprochen, welches Schulungszentrum, Kaserne

²⁹ Vgl : Hasselbach (2005): Die Abrechnung.S.58

und Freizeitstätte beinhaltete. Letztlich war das Gebäude für die Rechtsextremen auch ein Sinnbild von „nationaler Lebensart und Willen“. Im öffentlichen Straßenbild waren zu diesem Zeitpunkt vermehrt rassistische und antisemitische Plakate zu erkennen. Insofern war die Weitlingstraße 122 auch eine Vorwegnahme der Konzeption der „National befreiten Zonen“, was kurze Zeit später, bei den Nationalen e.V. in Berlin zu einem theoretischen Gerüst wurde.

Terroristische Orientierungen

Das Projekt Weitlingstraße war auch ein Ort der Militanz und des Terrorismus. Der illegale Bereich der NA um Christian Wendt hortete Waffen, machte Kriegsübungen und es gab Terrorplanungen u.a. durch den im Haus zeitweilig ansässigen Chemiker und NS-Terroristen Ekkehard Weil³⁰, der wegen Attentaten in Österreich dort lange inhaftiert war. Weil reflektierte ernsthaft darüber, wie der in der rechtsextremen Szene als „Lenin im Schafspelz“ titulierte Vorsitzende der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Gregor Gysi mittels eines Attentats auszuschalten sei³¹.

Das sich aus der NA heraus entwickelnde Personenfeld um Ingo Hasselbach generierte eine Szene, die unter dem Signum Anti-Antifa als Kleinstgruppensystem tätig wurde. In der gleichen Zeit wurden Überfälle auf „autonome Häuser“ unternommen. Es wurde in den Jahren 1991 -1996 nach Vorbildern Umschau gehalten, die dann u.a. in der Roten-Armee-Fraktion (RAF) gefunden wurden. Den dortig kultivierten ideologischen Impulsen folgend beging der Ziehsohn Ingo Hasselbachs, der aus der DDR stammende Kay Diesner³², 1996 einen Überfall auf eine PDS- Einrichtung in Berlin, wo er einen Buchhändler mit einer Schusswaffe am 19.Februar 1997 schwer verletzte und verstümmelte. Am 23.Februar tötete Diesner auf der Flucht nach Nordirland einen Polizisten und verletzte einen weiteren Beamten schwer. Wie weit der Fanatismus in diesem Milieu entwickelt war, zeigt die Forderung von Diesner bei seiner Festnahme gegenüber der Polizei, als „Soldat Odins“ betrachtet zu werden.³³

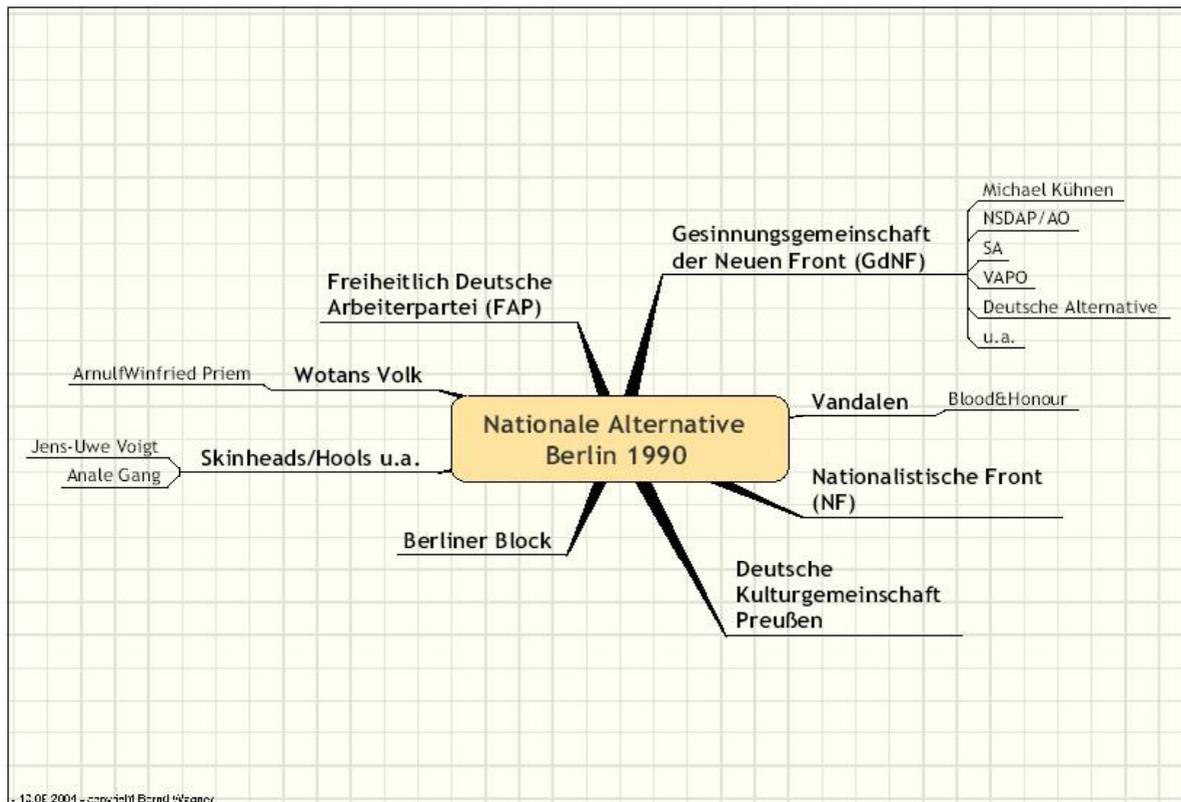
³⁰ Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner(2002): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen. S. 86, 143, 169, 263 276, 303, 320,415

³¹ Nach einer Information des Zentralen Kriminalamts der DDR, Abt. Extremismus 1990

³² Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S.167,168,204,295,327,414,415

³³ Diesner verbüßt eine lebenslange Freiheitsstrafe. Seine Tat wurde von vielen Rechtsextremisten begrüßt und bewundert, wenn auch aus taktischen Gründen zumeist abgelehnt

Kontaktfeld der NA ab 1990



Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front³⁴

Die Nationale Alternative war seit ihrer Gründung Bestandteil der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, jenes Organisationsnetzes, das unmittelbar mit dem Wirken des bekannten Nationalsozialisten Michael Kühnen verbunden war und dessen theoretische Ausführungen, aber auch personale Kontinuitäten bis heute zu erkennen sind.

Die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), in den 1980er Jahren auch als die „Bewegung“ bekannt, entstand aus dem am 8. Mai 1977 gegründeten SA-Sturm Hamburg und wurde in der Folge des Verbotes der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten (ANS/NA³⁵) am 7. Dezember 1983 bundesweit aktiv. Sie sollte im Sinne des Militanzkonzeptes ihres Chefs Michael Kühnen wirken, demzufolge der öffentliche Raum in jeder Beziehung für die Provokation und Agitation zu nutzen sei und Gewalt als Instrument der Inszenierung zu fungieren habe. Dabei kämen in zweierlei Hinsicht Wirkungen zustande: Verunsicherung der Öffentlichkeit und Beeinflussung von öffentlichen Diskursen mit Argumentationselementen, sowie aktionistische Stabilisierung der eigenen Anhänger, die sich in ständiger „revolutionärer“ Aktionsbereitschaft befänden. Trotz ne-

³⁴ Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S.16,161,354,362,380,414

³⁵ Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S.239f.,267,273,281,284,286,342,353

gativer Wirkungen käme es tendenziell zu einer Zunahme von Akzeptanz. Bewusst wurde von Michael Kühnen die Wirkungsweise der modernen Massenmedien, vor allem des Fernsehens, in das Konzept einbezogen. In der unregelmäßig erscheinenden Publikation „Die neue Front“, deren Leserkreise zugleich ihre Basis abgaben, informierte Michael Kühnen über den Entwicklungsstand seiner neonationalsozialistischen Organisation. Funktion der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front war es, die Basis für die Rekonstruktion der alten National Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) zu sein, der auch die in den USA/Lincoln beheimatete NSDAP/AO angehören würde. Deshalb wurde auch 1990 der US-Bürger Gary Lauck³⁶ durch die Nationale Alternative und Michael Kühnen nach Ostberlin eingeladen, um die Kontakte zu festigen.

Die politische und ideologische Basis der politischen Arbeit der GdNF war ab 1988 die von Kühnen während seiner Haftzeit erarbeitete Schrift „Die zweite Revolution - Glaube und Kampf“, in der es u. a. heißt:

„Unser Ziel ist die nationalsozialistische Revolution, aus der das Vierte Reich und eine art- und naturgemäße Neue Ordnung für die weiße Rasse hervorgehen wird. [...] Um das zu erreichen, sind in der jetzigen Kampfzeit verschiedene Zwischenziele anzustreben und zu verwirklichen: Überwindung des NS-Verbotes, Neugründung der NSDAP, Staatsreform, Vereinigungen aller geschlossen siedelnden Deutschen in einem einheitlichen, souveränen und sozialistischen Großdeutschland. Die Strategie besteht in der Nutzung des durch das offene Bekenntnis zum Nationalsozialismus ausgelösten massenpsychologischen Umkehrprozesses, der sich darin äußern soll, daß im Falle einer ernsthaften Systemkrise die unzufriedenen und rebellierenden Massen sich an denen orientieren, die vorher vom System am erbarmungslosesten verfolgt worden sind und sich selbst als die kompromisslosesten Gegner des Systems erwiesen haben.“

Weitere Programmpunkte waren der „Kampf“ gegen „Überfremdung“, gegen „Amerikanismus“, Umweltzerstörung und für die „Reinerhaltung der arisch-germanischen Rasse“. Die GdNF arbeite „im Geiste Ernst Röhms“ und sehe in Adolf Hitler „den Zeitenwender, die Heilsgestalt der arischen Rasse und den deutschen Nationalhelden“. Zunehmend erlangten nach dem Tod von Michael Kühnen (25.4.1991), der ein glühender Hitler-Verehrer war, die NS-Ideen von Otto Strasser und Gregor Strasser an Bedeutung, während teilweise Hitlers Wirken in eine aufstrebende und in eine abfallende Phase geteilt wird, als deren Scheitelpunkt das Jahr 1939 gilt. Mitunter wird auch die Theorie vertreten, dass es einen originalen und einen praktisch pervertierten Nationalsozialismus gegeben hätte, der sich vor allem in seiner Kapitalbindung und im Abenteuerertum während des Zweiten Weltkrieges gezeigt hätte. Als legal arbeitender Arm der GdNF wurde am 5. Mai 1989 die Deutsche Alternative (DA)³⁷ gegründet, die sich in der Parteienlandschaft der Bundesre-

³⁶ Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S.275ff

³⁷ Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S.17,22,33,168,362,381

publik am äußersten rechten Rand etablieren konnte. Neuen organisatorischen Auftrieb bekam die Gesinnungsgemeinschaft 1989, als die ersten „Kameradschaften“ der DDR (Cottbus, Dresden) in die Arbeit involviert wurden.

Diese „Kameradschaften“ bildeten gleichzeitig die Mitteldeutsche SA. Fest angebunden wurde dann auch die Nationale Alternative. Das Netzwerk der verfallenen GdNF wurde von einem Dreigestirn fortgeführt, dem Hamburger Christian Worch, dem Cottbusser Frank Hübner³⁸ und dem Augsburger Michael Swierczek. Allerdings bestand für diese Gruppe eine schwierige Situation: Zum einen versuchte ein Teil des konspirativ-militanten Flügels der GdNF, wie er von Küssel, Priem, Lutz, Wendt und anderen repräsentiert wird, die Pogromstimmung der Jahre 1992 und 1993 künstlich zu verlängern, zum anderen schien es geboten, infolge von Verboten und Akzeptanzverlusten nach den Morden von Mölln und Solingen die gewaltbereiten „Kameraden“ möglichst „ruhig“ zu stellen, aber bei der Stange zu halten.

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)³⁹

Über Oliver Schweigert war die NA in der Weitlingstraße auch mit der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) vernetzt. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch Heiko Baumert. Die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) war eine militante Nazi-Organisation mit Parteianspruch. Im März 1979 wurde sie von dem ehemaligen HJ-Führer und späteren NPD- und UAP⁴⁰-Funktionär Martin Pape in Stuttgart gegründet. Sie war von Anfang an nach dem Führerprinzip aufgebaut, erlangte aber erst politische Bedeutung nach dem Verbot der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten (ANS/NA) 1983, als viele Mitglieder der Kühnen-Bewegung die FAP systematisch zu unterwandern begannen. Innerhalb nur eines Jahres gelang es Kühnens Gefolgsleuten, im gesamten Bundesgebiet FAP-Stützpunkte einzurichten, die massenhaft propagandistisch und gewalttätig in Erscheinung traten.

Insofern vollzogen die GdNF und die FAP in Berlin über das Projekt Weitlingstraße eine gemeinsame politische Strategie. Programmatisch artikulierte sich die FAP eindeutig, sie verlangte u. a. die Neugestaltung Deutschlands auf nationalsozialistischer Basis, d. h. die Schaffung eines „großdeutschen Reiches“ in den Grenzen von 1939. Der politische Forderungskatalog war zutiefst nationalistisch, rassistisch und antisemitisch geprägt. Die FAP erkannte Gewalt als ein Mittel der Wahl zur Durchsetzung ihrer Ziele an. Daneben stehen Fragen des Umweltschutzes und alternativer Energien, Themen, die dem aktuellen Zeitgeist geschuldet waren. Am 31. August 1991 gesellten sich zahlreiche FAP-Mitglieder und

³⁸ Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 241, 272, 291, 329, 362, 363, 367, 398

³⁹ Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S.17, 22, 354, 375f

⁴⁰ Unabhängige Arbeiterpartei. Diese rechtsextreme Partei saß von der Öffentlichkeit unbemerkt über ihre DDR-Basis in Königs Wusterhausen am Runden Tisch der Endzeit-DDR

auch NA-Anhang zu einem Skinhead-Treffen in Leipzig und nahmen abends an einem Überfall auf ein Asylbewerberheim teil. In den neuen Bundesländern beteiligte sich die FAP an zahlreichen Aufmärschen von Rechtsextremen. Auch während der ausländerfeindlichen Pogrome in Rostock im August 1992 war die FAP und die GdNF/NA präsent, Kader der FAP verteilten dort vor laufenden Kameras Propagandamaterial, Ingo Hasselbach u.a. fungierten als Beobachter und Sympathisanten.

Heraus aus dem Verfall – Entwicklungen ab 1994 in Lichtenberg und im Bereich Weitlingstraße

Der Fall Kay Diesner erschütterte am 19. Februar 1997 die Öffentlichkeit. Bundesweit und in Berlin war bis dahin die Ansicht weit verbreitet, dass die Welle fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt abebbe und die National Demokratische Partei Deutschlands (NPD) sich in einem historischen Abschwung befinden würde. Der brutale Akt von Diesner, der sich zum Weißen Arischen Widerstand zählte, war für die Öffentlichkeit ein Signal, dass aufmerken ließ. Doch in Lichtenberg war die rechtsextreme Szene ideologisch und organisatorisch geschwächt. Partei- und Organisationsverbote sowie politische Differenzen oder der Rückzug einzelner Aktivisten aus der Politik waren ausschlaggebend für einen Rückgang rechtsextremer Straftaten und Propagandadelikte.

Rechtsextreme lebten und arbeiteten in Lichtenberg, traten aber mit ihrer politischen Gesinnung kaum öffentlich in ihrem Wohnumfeld auf. Die Gegend um den Bahnhof Lichtenberg blieb bis zur Sanierung des Bahnhofs im Jahr 2004 jedoch ein Treffpunkt für rechtsorientierte Jugendliche, Skinheads und nationalistische Hooligans.

Die Versprengten der NA, der FAP und anderer Gruppen orientierten sich zunehmend auf den im Jahr 1991 gegründeten Verein Die Nationalen e.V., deren Leitfigur der seit 1965 in der NPD aktive Frank Schwerdt wurde.

Neben dem Verein Die Nationalen e.V. traten unter der Leitung von Schwerdt die Freie Wählergemeinschaft „Wir sind das Volk“ und die Jugendgruppe „Jung- Nationales Spektrum“ (JNS) in Erscheinung. Ein auch für rechtsextreme Bewohner des Weitlingstraßenkiezes wichtiges Projekt der Nationalen war die Herausgabe und Verbreitung der Berlin-Brandenburger-Zeitung der nationalen Erneuerung (BBZ) unter der Herausgeberschaft von Frank Schwerdt und der Schriftleitung von Hans-Christian Wendt⁴¹, der auch in Berlin einen Schulungsbrief Völkischer Freundeskreis (VFK) herausbrachte. Das Organisationsgeschehen wurde jedoch stark durch die von 1996 – 2000 andauernde Inhaftierung von Schwerdt beeinträchtigt.

1997 lösten sich Die Nationalen auf und gingen personell fast komplett in der NPD auf, die fortan in Berlin eine stärkere Rolle spielte und den Trend zur Öffnung gegenüber NS-

⁴¹ Siehe Thomas Grumke, Bernd Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 329, 384, 386

Kameradschaftsstrukturen, Personen und rechtsextremer Subkultur in dieser rechtsextremen Partei verstärkte. So demonstrierten NPD und NS-Kameradschaften gemeinsam am 5. Dezember 1998 in Berlin- Tegel für die Freilassung von Frank Schwerdt. Zugleich wurde er nicht ohne Grund 1998 Mitglied des Bundesvorstandes der NPD. Über die NPD wurden in dieser Zeit auch eigene, nicht als NPD erkennbare Kameradschaftsbestrebungen voran gebracht, so die Kameradschaft Berlin-Marzahn.

Neben dem Organisationsfeld der Nationalen und der NPD mit ihren Kameradschaftsbezügen, agierten auch weitere Personenzusammenschlüsse und starteten unterschiedliche Projekte wie das Cafe Germania in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg und die Kameradschaft Germania, die ebenfalls im Lichtenberger Terrain eine Basis hatte.

Das Cafe Germania war ein Vorbild für weitere Projekte und polit-gastronomische Betätigungen im rechtsextremen Spektrum, so auch für solche, wie sie im heutigen Weitlingsstraßenkiez anzutreffen sind. Diese sind Illustrationen für die Idee der National Befreiten Zonen (NBZ), die in den 1990er Jahren in der rechtsextremen Szene strategisch zentriert gewichtet wurden. Das Cafe Germania existierte als Kopiervorlage. Die rechtsextreme Berlin Brandenburger Zeitung warb mit folgender Anzeige:

„Gern gesehene Gäste sind Nationale und Patrioten unterschiedlicher Coleur im neueröffneten Cafe Germania im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg. Das kleine deutsche Lokal mit der freundlichen Atmosphäre hat von Montag bis Sonnabend jeweils ab 9.00 Uhr geöffnet. Dort wird den Gästen nicht nur das Getränk der Götter und Germanen in zünftigen Methörnern serviert, auch sonst ist man um das leibliche Wohl der Kundschaft besorgt.“

Allerdings war es nicht nur das leibliche Wohl der Kundschaft, sondern auch deren Wille zu Macht und Gewalt, was sich in entsprechendem Verhalten um das Cafe Germania entlud. So musste am 21. Juni 1998 das Lokal polizeilich geschlossen werden, weil die Gefahr eines Überfalls durch rechtsextreme „Gäste“ auf ein multikulturelles Konzert in den Lichtenberger Parkauen ausging.

Das Cafe Germania unter der Leitung von Andreas Voigt beendete sein Dasein in einem ökonomischen Aus.

Mit der Kameradschaft Germania betrat am Ende der 1990er Jahre eine Gruppe mit Bezügen zum Weitlingstraßenkiez die Bühne. Allerdings spielte dieser als direkter Aktionsraum keine Rolle, allenfalls als rechtsextremes Traditionskabinett, was der Kiez inzwischen geworden war.

Als Wohngebiet stellte er für Rechtsextreme eine gute Basis und dichte Gemeinschaft dar. Die Kameradschaft Germania bestand neben den Kameradschaften Hohenschönhausen, Pankow, Tor Berlin, Preußen. Mit diesen bildete sie den Kameradschaftsbund Germania, der aber auf Grund des Dominanzanspruchs der Kameradschaft Germania schnell zerfiel. Die Kameradschaft Germania trat am 1. Mai 2000 auf der NPD-Demonstration in

Berlin als eigenständiger Block in Erscheinung und marschierte am 12. Mai 2000 in Berlin-Lichtenberg mit etwa 200 Personen unter der Losung „Gegen Faschismus und Intoleranz“, was auf eine sich in der rechtsextremen Szene vollziehende Veränderung in Richtung querfrontstrategischer Ansätze bei gleichzeitiger NS-Konsequenz hinwies. Durch diese provokante Rhetorik gewann die Kameradschaft auch bei jüngeren Neonazis an Sympathie. Nach dem gescheiterten Versuch einer Berlin-weiten Organisierung der Kameradschaftsszene zogen sich die Aktivisten aus der Öffentlichkeit zurück. Einige Personen aus dem Umfeld wechselten zur Kameradschaft Tor, andere zogen sich aus dem politischen Feld zurück.

2.2. Heutige rechtsextreme Organisationen und Strukturen

Im Jahr 2005 registrierte die Opferberatungsstelle Reach Out allein 19 Gewalttaten von rechts im Bezirk Lichtenberg.⁴² Aber auch das Netzwerk Lichtblicke erfasste 20 rechtsextreme Vorkommnisse allein für die Weitlingstraße und den Bahnhof Lichtenberg. In dieser Statistik werden nicht nur die Gewalttaten notiert, sondern auch Beleidigungen, Schmierereien und Sachbeschädigungen.

Interessant ist, dass viele rechtsextreme Straftaten häufig im direkten Wohnumfeld der Täter begangen werden.⁴³ Nach Angaben des Berliner Verfassungsschutzes wohnen 80 Prozent der ideologisch gefestigten Berliner Neonazis in den östlichen Bezirken.

Besonders betroffen ist der Bezirk Lichtenberg. In den unmittelbar an dem Bahnhof gelegenen Wohngebieten lebt jeder sechste gefestigte Neonazi.

Auch die Wahlergebnisse⁴⁴ der letzten Bundestagswahl im September 2005 zeigen, dass in Lichtenberg die NPD einen Stimmenzuwachs erlangen konnte und sich ein festes Wählerspektrum etabliert hat. Insgesamt fielen 3,2% der im Bezirk abgegebenen Erststimmen auf die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und 0,4 % auf die Republikaner. Im Wahlkreis fünf⁴⁵ war die NPD mit 4,3% viert stärkste Partei, vor den Grünen und der FDP.

Diese Zahlen können jedoch nur einen eingeschränkten Anhaltspunkt im Bezirk geben.

Einige Rechtsextremisten aus dem Kameradschaftsspektrum beteiligen sich nicht an Wahlen, da sie die Demokratie als staatliche Ordnungsfunktion ablehnen und einen nationalsozialistischen Umbruch auf der Straße herbeiführen wollen.

Zu den Kommunalwahlen im September 2006 ruft das Freie Kameradschaftsspektrum in Lichtenberg jedoch zu einer aktiven Wahlbeteiligung auf und hofft durch die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre rechts-orientierte Jugendliche zur Stimmabgabe moti-

⁴² Vgl. dazu: Senatsverwaltung für Inneres. Abteilung Verfassungsschutz (2004). S.17. Ebenso: Reach Out (2006): Chronologie Rechte Gewalt in Berlin

⁴³ Senatsverwaltung für Inneres. Abteilung Verfassungsschutz (2004). S.17

⁴⁴ Daten aus: Statistisches Landesamt Berlin (2005)

⁴⁵ Der Wahlkreis fünf umfasst das Distrikt rund um die Weitlingstraße

vieren zu können.⁴⁶ Die NPD hat in Zusammenarbeit mit den Freien Kräften Berlin bereits Anfang Juli diesen Jahres Postwurfsendungen durchgeführt und Plakate aufgehängt. Im August und September 2006 wurden einige Wahlkampfveranstaltungen der SPD von Rechtsextremen besucht und gezielt gestört. In Rudow überfielen Personen aus dem Freien Kameradschaftsspektrum einen Informationsstand der Linkspartei/PDS.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Als politische Stimme der Rechtsextremen in den Parlamenten fungiert die Nationaldemokratische Partei Deutschlands. Auch wenn ihre Mitgliederzahl bundesweit bei 6000 Mitgliedern stagniert⁴⁷, stellt die Partei ein Sammelbecken verschiedener Neonazis dar. Innerhalb der NPD in Berlin bestimmen zwei strategische Ideen das politische Handeln: Die Schaffung einer „Volksfront von rechts“, die alle rechten Kräfte integriert, lässt sich an einer enger Zusammenarbeit mit den Freien Kameradschaften erkennen, von denen auch einzelne Führungspersonen als Vertreter der NPD kandidieren und an dem gemeinsamen, geschlossenen Auftreten mit der Deutschen Volksunion (DVU). Das „Drei Säulen Konzept“ der NPD, welches geleitet ist von der Idee des Kampfes um die Köpfe, des Kampfes in den Parlamenten und dem Kampf um die Straße, nimmt eine herausragende Bedeutung in diesem Plan ein.⁴⁸

Aus dem militanten Kameradschaftsumfeld traten immer mehr organisierte Neonazis wie Thorsten Heise, Thomas Wulff und Ralph Tegethoff dieser Partei bei. Die NPD kooperiert mit dem militanten, neonazistischen Spektrum und stellt Räumlichkeiten und andere Infrastruktur zur Verfügung.

Zum Vorsitzenden des Landesverbandes ist im November 2005 der vorbestrafte Neonazi Eckart Bräuninger gewählt worden. Er kämpfte Anfang der neunziger Jahre als Söldner in Kroatien und war bis zum Verbot 1994 Mitglied der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Heute verfügt er über gute Kontakte zum rechtsextremen Musiknetzwerk sowie zur Kameradschaftsszene.

Wie fließend der Übergang zwischen der NPD und dem militanten Neonazispektrum sich darstellt, lässt sich in Lichtenberg exemplarisch an der Neonaziorganisation Märkischer Heimatschutz (MHS) zeigen.

Die NPD verfügte über ein Büro in der Siegfriedstraße. Hier trafen sich wöchentlich die Vertreter des Märkischen Heimatschutzes.

Als Ansprechpartner bezüglich der Anmietung der Räume fungierte bis 2005 der damalige Landesvorsitzende Claus Schade. In dem Büro fanden auch berlinweite Kooperationstreffen von Kameradschaften und NPD statt. Die Kenntnisse über die momentane Nutzung der Büroräume durch rechtsextreme Gruppen sind widersprüchlich. Die Pressestelle der

⁴⁶ Vgl.: www.Freie-Kraefte.tk (18.7.06), www.freier-widerstand.net (20.7.06)

⁴⁷ Bundesministerium des Inneren. Verfassungsschutzbericht 2005. S.75

⁴⁸ Berliner Verfassungsschutzbericht 2004. S.49/50

Nationaldemokratischen Partei Deutschlands möchte sich dazu nicht äußern. Dem Verfassungsschutz Berlin fehlen Erkenntnisse. Antifa-Gruppen und einige Journalisten sprechen hingegen noch von der Existenz des Büros.

Die lokalen Aktivitäten des NPD-Kreisverbandes im Distrikt Weitlingstraße beschränken sich auf Propagandaaktionen wie Infotische am Bahnhof Lichtenberg, Plakataktionen und die Beteiligung an Demonstrationen in Berlin. Als die NPD in Sachsen im Jahr 2004 in den Landtag gewählt wurde, zogen spontan mehr als 70 Personen aus dem Umfeld der NPD und den Freien Kameradschaften durch den Weitlingstraßenkiez, um den Wahlerfolg zu feiern.

Kameradschaften

Kameradschaften gibt es in einer großen Anzahl in Deutschland, die genaue Dichte der Organisationen lässt sich schwer bestimmen. Im Verfassungsschutzbericht Berlin werden für das Jahr 2004 bundesweit 160 aktive Kameradschaften aufgeführt.⁴⁹ Dabei kann weder von einer in sich geschlossenen Definition des Begriffs ausgegangen werden, noch von einem einheitlich handelnden Bündnis. Manche Kameradschaften agieren nicht als politischer Verbund nach außen, sondern beschränken sich auf private Treffen und Stammtischabende. Andere wiederum geben sich einen Namen und gehen gezielt in die Öffentlichkeit.

Die Politikbereiche beziehen sich auf nationale Jugendarbeit, Straßenaktivismus und die sogenannte Anti-Antifa Arbeit, bei der vermeintliche Gegner verschiedener politischer Richtungen ausgespäht werden.

Die politischen Aktionen werden in bundesweiten Aktionsbündnissen diskutiert und vorbereitet. Bei den unregelmäßigen Treffen wurden beispielsweise die Kampagnen zur Agenda 2010 diskutiert und deren Durchführungen in den Bundesländern geplant. Die politischen Kader aus den Städten tragen dies in die kommunalen Kooperationsrunden, bei denen dann Plakate, Aufkleber und Flugblätter verteilt werden. Gerade bestimmte erlebnisorientierte Formen wie nächtliches Plakate kleben, Sprühereien, oder spontane Hausbesetzungen ziehen ein bestimmtes Klientel von Jugendlichen an. Die Markierung des eigenen Territoriums durch das Kameradschaftskürzel ist ebenso wichtig.

Ein weiterer, dem klassischen Politikverständnis untergeordneter Bereich ist die Gestaltung des gemeinsamen Freizeitverhaltens der rechtsextremen Kameradschaften. So werden wöchentliche Koch- und Videoabende, gemeinsame Ausflüge und sportliche Aktivitäten angeboten.

In Lichtenberg, speziell im Weitlingstraßenkiez und auch auf der anderen Seite des Bahnhofs bilden Kameradschaften und lose Aktionsgruppen die dominanteste Struktur innerhalb des Neonazispektrums.

⁴⁹ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres (2004): Verfassungsschutzbericht Berlin. S. 198

Zunehmend nutzen Rechtsextreme temporär einen Gruppennamen und ändern ihn bei Repressionsgefahr durch Polizei und andere Sicherheitsbehörden. Aus diesem Grund wird in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion vermehrt der Begriff Autonome Aktionsgemeinschaften benutzt.

Es existiert eine hohe Dichte von Kameradschaften im Bezirk Lichtenberg, die unterschiedlich nach außen agieren. Diese sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Nationaler Widerstand Berlin- Brandenburg (NWBB)

Der Nationale Widerstand Berlin- Brandenburg (NWBB) ist ein übergeordneter Dachverband für die rechtsextreme Bewegung in den beiden Bundesländern. Seit dem Jahr 2000 versuchen führende Rechtsextreme aus Berlin und Brandenburg eine gemeinsame Struktur aufzubauen, um beispielsweise bei Demonstrationen oder Kampagnen sichtbar zu werden. Der Begriff NWBB wurde als Name auf Plakaten, Aufklebern und auf Transparenten benutzt. Oliver Schweigert, ein Rechtsextremist aus dem Weitlingstraßenkiez, der Anfang der neunziger Jahre in dem rechtsextremen Hausprojekt Weitlingstraße 122 wohnte⁵⁰, betreibt die Internet Seite des NWBB. Die Homepage weist allerdings wenig Aktualitätsgehalt auf.

Neben Informationen aus der Neonaziszene und Artikeln über politische Gegner gibt es eine Verweisliste auf Kameradschaften, rechtsextreme Musikversände und andere Aktionsbüros. Die Kontakte und Verweise auf internationale Neonaziorganisationen stechen jedoch ins Auge.

Gerade jüngere Rechtsextremisten möchten sich jedoch nicht mehr unter dem Begriff Nationaler Widerstand Berlin- Brandenburg subsumieren lassen. Auch die Person Oliver Schweigerts ist durchaus umstritten in der rechtsextremen Szene. Gerade die autonome Kameradschaftsszene hat sich in den letzten Jahren vom NWBB distanziert und eigene Internetprojekte aufgebaut.

Lediglich der Märkische Heimatschutz finanziert die Internetseite des Nationalen Widerstands Berlin- Brandenburg.

Autonome Nationalisten Berlin (ANB)

Der Begriff Autonome Nationalisten Berlin (ANB) ist erstmals in den Jahren 1999/ 2000 auf Aufkleber und bei Sprühaktionen der rechtsextremen Szene benutzt worden.

Durch die Umdeutung von linken Parolen, vermeintlich internationalistischen Forderungen oder dem Aufgreifen der „Sozialen Frage“ sollen vor allem jüngere Rechtsextreme ange-

⁵⁰ Siehe dazu Kapitel 2.1., Abschnitt Rechtsextremismus während der Wendezeit- Die Nationale Alternative

sprochen werden, die sich nicht vollständig mit dem Nationalsozialismus identifizieren können.

Die Vertreter des ANB distanzieren sich von dem dumpfen Skinheadimage und versuchen mittels Musik und modernen Kleidungsstilen eine neue Form des Rechtsextremismus zu etablieren. Popkulturelle Aktionsformen sollen den nationalen Kampf erlebnisorientierter gestalten und unpolitische Jugendgruppen ansprechen.

Auf der genuin politischen Ebene propagierten die Anhänger des ANB einen „zeitgemäßen Nationalsozialismus“, der aus einer Mischung von antisemitischer, rassistischer und nationaler Ideologie mit Fragmenten eines großstädtischen und an der linken Szene orientiertem Lebensstils besteht. In den letzten Jahren wurden unter dem Label ANB zumeist Anti- Antifa Aktionen durchgeführt.

Freie Kräfte: Fortführung rund um die verbotene Kameradschaft Tor

Auf die Verbote der Kameradschaft Tor und der Berliner Alternative Südost (BASO) im Jahr 2005 gab es verschiedene Reaktionen innerhalb der rechtsextremen Szene. Zunächst sollten monatlich neue Namen für das Aktionsumfeld der beiden verbotenen Kameradschaften gefunden werden, damit die Strukturen vor polizeilicher Repression geschützt sind. So wurde zunächst der Name Arbeitsgemeinschaft Lichtenberg (AGL) für Aufkleber und Transparente benutzt.

Es etablierte sich aber nach kurzer Zeit der Name Freie Kräfte Berlin für diese Struktur, in der Mitglieder der Kameradschaft Tor die Wortgeber sind.

Die Strukturen der Kameradschaft Tor sowie später der Freien Kräfte sind für Außenstehende schwer einsehbar. Die Mitgliederzahlen schwanken zwischen 15 und 20 Personen, engagiert sind zumeist Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren. Politischer Anspruch ist es, eine rechte Erlebniswelt für Jugendliche zu schaffen, die ihr gesamtes kulturelles und soziales Leben mit einschließt. So bestehen mehrere Wohngemeinschaften in der Weitingstraße 32, die den Anspruch haben, ihr politisches und privates Leben zu teilen. Kulturelle Aktivitäten wie gemeinsame Wanderungen, Konzertbesuche und die Bezugnahme auf heidnische Bräuche dienen der ideologischen Einbindung der Mitglieder.

Die politischen Aktivitäten dieses Kreises bestehen im wesentlichen aus Anti-Antifa Arbeit, Sprühaktionen und Gewalttaten. Die KS Tor und die Nachfolgeorganisationen sehen Gewalt als politisches Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele an. Mittlerweile mussten einige Mitglieder eine Haftstrafe antreten. Eine von außen einsehbare Öffentlichkeitsarbeit bietet diese Struktur nur über die Internetseite Freie Kräfte Berlin, auf der im jugendlichen Jargon über rechtsextreme Aktivitäten berichtet wird, z.B. über Demonstrationsankündigungen oder Gerichtsprozesse. Den Schwerpunkt der Arbeit bildeten in den letzten Monaten allerdings eine Solidaritätsarbeit und Kundgebungen für Oliver Oeltze, ein inhaftiertes Mitglied der Freien Kräfte Berlin. Auch Innensenator Ehrhardt Körting sah

Anzeichen für eine Weiterführung der Kameradschaft Tor in Lichtenberg und leitete ein Verfahren gegen einige Protagonisten ein.

Märkischer Heimatschutz (MHS)

Eine vergleichsweise straff organisierte Struktur in Berlin und Brandenburg stellt der Märkische Heimatschutz (MHS) zur Verfügung. Die in mehrere Sektionen aufgeteilte Organisation besteht aus einer hierarchischen Führungsebene, die vom Vorstandsvorsitzenden Gordon Reinholz über den Schatzmeister zu den einzelnen Sektionsleitern reicht.

In unregelmäßigen Abständen finden Vorstandssitzungen, aber auch Mitgliederversammlungen statt. Neben nationalsozialistischen Schulungen und Vorträgen organisiert der Märkische Heimatschutz alljährlich eine Jahresfeier, bei der Hotelanlagen angemietet werden und im großen Rahmen Mitglieder, Förderer und Gesinnungsgenossen aus NPD und Kameradschaftsszene eingeladen werden.

Die Berliner Sektion des MHS entstand im September 2004 mit vier Gründungsmitgliedern. Momentan sind 14 Mitglieder aktiv. Neben ausgewählten älteren und erfahreneren Neonazis wurden auch einzelne jüngere Mitglieder der verbotenen Berliner Alternative Südost in den Strukturen des MHS aufgenommen. Ideologisch strebt der MHS die Wiedereinführung des Nationalsozialismus an.

Auch wenn die Arbeit dieser Organisation auf gesamt Berlin ausgerichtet ist, sind die Schwerpunktbezirke für ihre Rekrutierungsarbeit Treptow und Lichtenberg.

Anfangs fanden die Kameradschaftsabende noch in Privatwohnungen und Gaststätten statt, später wurde aufgrund der anwachsenden Mitgliederzahl das wöchentliche Treffen im Lichtenberger Büro der NPD durchgeführt. Gerade der Lichtenberger Abschnitt um den Hauptbahnhof und die Weitlingstraße wurde im Juni 2006 in einem rechtsextremen Internetforum von Mitgliedern des MHS als „unser Revier“⁵¹ definiert. Die politische Arbeit wird gezielt in den Bezirk gesetzt, weil die Kader hier ein großes rechtes Potential entdeckt haben.

Im Frühjahr und Sommer 2005 wurden verschiedene Flugblätter, Plakate und Aufkleber vom Märkischen Heimatschutz an Schüler und Jugendliche verteilt. Eine medienwirksame Aktion dieser Struktur stellte im Juni 2005 das Verbreiten der rechtsextremen Schülerzeitung „Die Zähne zeigt, wer`s Maul aufmacht - Anpassung ist Feigheit“⁵² an verschiedenen Lichtenberger Schulen dar. Auch die verbotene Schulhof-CD wurde an verschiedenen Orten ausgelegt.

Da es nicht möglich war, die CDs offen an Schulen und in Jugendclubs zu verteilen, verschenkten die Rechtsextremen diese sie u.a. spontan im Weitlingstraßenkiez an Jugendliche oder steckten sie in Zeitungsläden unauffällig in Magazine.

⁵¹ Vgl dazu Eintrag im Forum [www. freier-widerstand. net](http://www.freier-widerstand.net) (22.6.06)

⁵² Die Schülerzeitung „Die Zähne zeigt, wer`s Maul aufmacht“ wird herausgegeben von der Mitteldeutschen Jugendzeitung (MJZ) aus Wolgast

Die Sektion des Märkischen Heimatschutzes Berlin verfügt durch Führungspersonen wie Henryk Wurzel, dem Anführer der ehemaligen Kameradschaft Treptow, der aufgrund eines Brandanschlags auf einen Jugendclub mehr als zwei Jahre im Gefängnis saß, über erfahrene Kader.

Diverse Schulungen zum Nahostkonflikt, dem Umgang mit Polizei und Justiz sowie über Führungsfiguren des Nationalsozialismus führt der MHS für seine Mitglieder und junge Neonazis durch.

Kameradschaft Spreewacht

Die Kameradschaft Sprechwacht wurde Anfang der neunziger Jahre in Lichtenberg gegründet und besteht meist aus älteren Neonazis zwischen 30-35 Jahren, die aus dem Milieu der Rechtsrock- Szene kommen. Die gemeinsame Freizeitgestaltung steht für diese Personengruppe im Vordergrund. Durch ein eigenes Kameradschafts-Emblem, welches sich einige Mitglieder auf die Oberkörper tätowiert haben, wird eine gemeinsame Identität ausgedrückt.

Die Gruppe tritt nur durch eine Internetseite in die Öffentlichkeit und beteiligt sich wenig an genuin politischen Veranstaltungen⁵³.

Im kulturellen Spektrum besitzt sie jedoch eine Scharnierfunktion. Die Kameradschaft verfügte über ein eigenes Vereinshaus in der Archenholdstraße 30, welches für Konzerte und Festveranstaltungen genutzt wurde.

In diesem organisierten die Mitglieder der Kameradschaft u.a. am 8. April 2006 in dem Gebäude ein Konzert mit den rechtsextremen Musikbands „Legion of Thor“ und „Spreegeschwader“, zu dem über hundert Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet anreisten. Der Mietvertrag für das Gebäude wurde mittlerweile vom Vermieter gekündigt. Ob seit dem Sommer 2006 ein Alternativobjekt angemietet wurde, kann nicht eindeutig festgestellt werden.

Kameradschaft Lichtenberg 35

Die neonazistische Kameradschaft wurde im Jahr 2000 in einem Lichtenberger Lokal gegründet und umfasst heute eine Mitgliederanzahl von ca. 10 männlichen Personen um die 30 bis 35 Jahre.

Der Name der Gruppierung weist zum einen auf den lokalen Bezug hin. Darüber hinaus lehnt er sich an den in den 30er Jahren in Lichtenberg aktiven SA-Sturm „35“ an.

Ein großer Teil der Mitglieder ist der rechtsextremen Musikszene zuzuordnen. Am bekanntesten dürfte der in Lichtenberg wohnende Sänger der Rechtsrockband „Legion of

⁵³ Eine Ausnahme bildete die Beteiligung an einem Infostand der Berliner NPD am 25.06.05 in Heiligensee, an dem die DVU, der Märkischen Heimatschutz und die Kameradschaft Spreewacht als Organisatoren aufgetreten sind

Thor“ sein. Auf den kameradschaftseigenen T- Shirts sind eine schwarz-weiß-rote Fahne, der Schriftzug „Ost-Berlin“ sowie die Zahl 35 abgedruckt. Sie betreiben weder eine eigene Internetseite noch veröffentlichen sie eigene politische Publikationen. Die Mitglieder beteiligen sich regelmäßig an regionalen Demonstrationen, Konzerten und als kleiner Block bei Fußballspielen des Vereins BFC Dynamo. Ein enger politischer Kontakt besteht zu der oben genannten Kameradschaft Spreewacht, wie auch zu der Neonazigruppe Vandalen, den Hammerskins und den Protagonisten des ehemaligen Blood and Honour Netzwerks.

Nationale Anarchisten

Das Projekt der Nationalen Anarchisten ist nicht der Kameradschaftsszene zuzuordnen, sondern dem Spektrum des diskursorientiertem Rechtsextremismus.

Die Internetseite⁵⁴ der Nationalen Anarchisten betreibt Peter Töpfer, der ideologisch im Kampf gegen kapitalistische Globalisierung und Neoliberalismus gerne Koalitionen und Querfrontbestrebungen mit linken Protagonisten eingehen möchte. Die statische und biologistische Definition von Volk und Rasse, sowie die Feindschaft gegenüber Juden, die in den Texten Töpfers mit stereotypen rassistischen, sozialen, politischen und religiösen Vorurteilen beschrieben werden, weisen jedoch eindeutig auf das rechtsextreme Weltbild hin. Aktuell initiiert die Gruppe eine Kampagne für den inhaftierten Holocaustleugner German Rudolph.

Enge ideologische und persönliche Verbindungen hat Peter Töpfer zu dem rechtsextremen Anwalt Horst Mahler und dem Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS). Peter Töpfer wohnt ebenfalls im Untersuchungsraum Weitlingstraße.⁵⁵

Vernetzungsstrukturen der Rechtsextremen

Für den Austausch wie auch als Strategie- und Vernetzungsforum organisieren sich Kameradschaften, aber auch Einzelpersonen, in regionalen und überregionalen Kooperationstreffen. Im thematischen Fokus steht bei diesen die bundesweite Entwicklung in der Neonaziszene.

Lichtenberger Kooperationsrunde

In den Kooperationsrunden treffen sich Kameradschaften aus dem Bezirk sowie einzelne unorganisierte Rechtsextreme. Bei diesen unregelmäßigen Treffen werden Vorbereitun-

⁵⁴ <http://www.nationalanarchismus.org>

⁵⁵ Vgl. dazu auch den RBB- Beitrag vom 22.5.06

gen für anstehende Kampagnen und Mobilisierungen zu Demonstrationen und die Reaktionen auf antifaschistische oder zivilgesellschaftliche Aktivitäten erörtert.

Die Kooperationsrunden werden nach Bedarf organisiert. In der Regel nehmen bis zu zehn Personen teil. Im Untersuchungsraum fanden diese bisher u.a. in der Gaststätte „Bierkiste“ und dem Lokal „Sturgies“ statt.

Nationales und Soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM)

Eine Kooperationsbemühung über Berlin und Brandenburg hinaus stellt das überregionale Forum Nationales und Soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM) dar.

Ziel des NSAM ist die Koordination der Freien Kameradschaften in Ostdeutschland, wozu auch die Vorbereitung und politische Schwerpunktsetzung von Kampagnen gehört. Dabei soll die Aktionsfähigkeit der Freien Kräfte gestärkt werden. In den letzten zwei Jahren organisierte das NSAM eine Kampagne zum Sozialabbau in Deutschland, die mit einer eigenen Homepage und Propagandamaterial in der Öffentlichkeit wahrnehmbar war. In diesem bundesweiten Netzwerk spielt Sebastian Richter eine zunehmend bedeutende Rolle. Inoffiziell wohnt Sebastian Richter schon seit zwei Jahren im Weitlingstraßenkiez. Seine rechtsextreme Karriere begann über ein Arbeitsverhältnis in einer Druckerei in Wolgast (Ostvorpommern), in der jahrelang auch rechtsextreme Propagandaschriften produziert wurden.

Für die Berliner Kameradschaftsszene druckte er Plakate zum Todestag von Rudolph Hess oder einen Aufkleber mit dem Bild eines Berliner Polizeiführers und dem Untertitel „Jäger kommen und gehen“.⁵⁶ In den letzten Jahren verlagerte er seinen offiziellen Wohnsitz nach Hoyerswerda (Sachsen) und baute dort ein professionelles, regelmäßig aktualisiertes rechtsextremes Internetportal auf, verbreitete Propagandaschriften und unterstützte die regionale Szene. Im August 2006 fiel er beim Kleben und Verteilen des Flugblatts „Unser Kiez will keine Schläger“ auf. Mit einem betont bürgerlichen Auftreten versucht er, rechtsextreme Ideologien in seinem Wohnumfeld zu verbreiten.

Innerhalb der rechtsextremen Szene steht er jenem Flügel nahe, der mittels kultureller Subversion seine Ideologie vermitteln will.

Auswirkungen

Auch heute wohnen auffällig viele organisierte Rechtsextreme im Weitlingstraßenkiez. Ob es eine gezielte Ansiedelung der rechten Szene gibt, kann nicht beantwortet werden. Die Gegend rund um die Weitlingstraße bleibt jedoch attraktiv. Seit 2001 bildete sich eine

⁵⁶ Der Polizeidirektor Michael Knappe verfolgt in Berlin intensiv die rechtsextreme Szene und wurde so zum Feindbild der Neonazis. Nächtliche Drohanrufe, die Verbreitung von Aufklebern und verbale Bedrohungen ist der Polizist ausgesetzt. Vgl dazu: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2004/1215/lokales/0026/index.html> (7.8.06)

neue Infrastruktur, die verschiedene Lebensstile der Rechtsextremen und rechts-orientierten Jugendlichen bedient.

Es gehen klandestine Aktivitäten von den Freien Kräften im eigenen Wohnumfeld aus, die sich in Schmierereien, das Verkleben von Plakaten und Aufklebern sowie Einbrüchen und Sachbeschädigungen äußern.⁵⁷ Wichtigste Aktivität für diese Gruppe ist jedoch die Bekämpfung des politischen Gegners, die sich offen gewalttätig äußert. Kulturelle Angebote wie beispielsweise Konzerte und Feiern werden von den Kameradschaften Spreewacht und Lichtenberg 35 organisiert.

Die politisch aktivste Kameradschaft in dem Untersuchungsraum ist momentan der Märkische Heimatschutz, sowie die Personen, die im überregionalen Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis (NSAM) aktiv sind.

Die Kooperationsrunden dienen als Bindeglied zwischen verschiedenen subkulturellen und dezidiert politischen Neonazizusammenschlüssen. Ideologische Unterschiede zwischen den Kameradschaften stehen bei diesem Treffen im Hintergrund. Die Teilnehmer der Kooperationsrunden begreifen sich vielmehr als „nationale“ Anwohner Lichtenbergs bzw. des Weitlingkiezes.

2.3. Infrastruktur der rechten Szene im Untersuchungsgebiet

Als rechte Infrastruktur wird nicht nur die allgemein gängige Auffassung eines Netzwerkes von Gewerbe, Gastronomie und öffentlichen Treffpunkten, sondern auch der private (Wohn) Raum sowie die Kommunikationsstruktur gefasst.

In Lichtenberg gibt es eine gut funktionierende rechtsextreme Infrastruktur, welche von öffentlichen Gaststätten bis zu privaten Wohngemeinschaften reicht. Auch einige Interviewpartner wiesen auf Lokale hin, in denen sich regelmäßig Rechtsextreme treffen. Diese Hypothese bestätigte sich bei der von uns durchgeführten Sozialraumuntersuchung. Da der organisierte Rechtsextremismus eine sehr dynamische Struktur ist, wechseln die Orte und Treffpunkte der organisierten Gruppierungen sehr schnell. So wichen Mitglieder der Freien Kräfte und des Märkischen Heimatschutzes aufgrund der starken polizeilichen Repression im letzten Jahr oft auf Lokalitäten im Land Brandenburg, speziell in Potsdam, aus.

Zu unterscheiden sind weiterhin Gaststätten, in denen Rechtsextreme geduldet werden und Lokalitäten, die von rechtsextremen Akteuren selbst betrieben werden. Solche Treffpunkte sind sehr wichtig, da die rechtsextreme Szene für potentielle Interessenten wahrnehmbar und ansprechbar wird. Für Migranten, alternative Jugendliche oder Bürger können diese Orte zu Angsträumen werden, die zu bestimmten Tages- oder Nachtzeiten gemieden werden.

⁵⁷ Siehe dazu Fotos im Anhang

Als Angsträume wurden von Interviewpartnern der Bahnhof Lichtenberg, sowie nachts die Umgebung rund um die Gaststätte „Bierkiste“ genannt.

Aber nicht nur das öffentliche Auftreten der Neonazis wird in diesem Kapitel beschrieben, sondern auch die privaten Treffpunkte und Kommunikationsstrukturen der Lichtenberger Szene.

Zahlreiche Rechtsextreme, darunter Führungspersonen des Märkischen Heimatschutzes, der NPD sowie des NWBB wohnen in Lichtenberg und sind Teil des städtischen Lebens. Bisher haben diese Akteure den Bezirk sowohl als privaten Rückzugsraum als auch als Ausgangspunkt für politische Aktivitäten benutzt.

Treffpunkte

Mit fast täglich 85.000 Fahrgästen ist der Bahnhof Lichtenberg heute einer der größten Bahnhöfe Berlins. Es fahren hauptsächlich Fernzüge Richtung Osteuropa sowie in den Norden und Süden von Deutschland. 1982 wurde das Gebäude saniert und weiter ausgebaut, um den gewachsenen Anforderungen zu entsprechen. Anfang der neunziger Jahre kam es am Bahnhof Lichtenberg zu brutalen Überfällen auf Vietnamesen sowie Sinti und Roma. Die rechtsextreme Szene führte hier regelrechte Hetzjagden auf Migranten.⁵⁸ Nach einer erneuten Umgestaltung des Gebäudes im Jahr 2004 präsentiert sich der Bahnhof heute als moderner Verkehrsknotenpunkt mit einer ausgeprägten Geschäftsstruktur. Der organisierten, rechtsextremen Szene aus Berlin und Brandenburg dient der Bahnhof heute nur noch als Treffpunkt für bundesweite Demonstrationen wie beispielsweise zur Abfahrt zum Rudolph- Hess- Marsch nach Wunsiedel. Es verkehren keine explizit rechte Gruppierungen in der Bahnhofshalle, diese nutzen den Bahnhof nur noch als Verkehrsknotenpunkt. Auffällig ist jedoch, dass sich gerade im U- Bahnhof viele Plakate und Aufkleber der rechten Szene befinden und somit ein Revier gekennzeichnet wurde.

Der Tattooshop Ostzone in der Weitlingstraße wird nach Aussage des Verfassungsschutzes von einem Mitglied der Vandalen betrieben⁵⁹. Einige Interviewpartner geben das Geschäft ebenfalls als rechten Treffpunkt an.

Gaststätten im Untersuchungsgebiet

Die wohl bekannteste „rechte Gaststätte“ im Weitlingkiez, die „Bierkiste“, befindet sich im Zentrum der Einkaufsstraße. Hier treffen sich Rocker, Anhänger der Heavy- Metal Szene und organisierte Neonazis.

Der ehemalige Besitzer Detlef Mirek initiierte die Kampagne „Fresst keine Döner“ und war in den letzten beiden Jahren auf diversen neonazistischen Veranstaltungen wie dem von

⁵⁸ Vgl: Hasselbach (2005): Die Abrechnung .S. 66/67

⁵⁹ Vgl dazu: Verfassungsschutzbericht 2005. Seite 41

der NPD organisierten Fest der Völker mit einem Stand vertreten. Mittlerweile hat er die Lizenz für das Lokal offiziell an eine politisch unscheinbarere Person abgegeben.

In dem Lokal wurden nicht nur private Feiern der Neonazis organisiert, sondern auch Kameradschaftsabende der früheren KS Tor sowie Lichtenberger Kooperationsrunden durchgeführt. Das Abspielen indizierter rechtsextremer Musik wurde geduldet. Auch nach dem Besitzerwechsel lassen sich diesbezüglich keine Veränderungen wahrnehmen.

Nach Angaben von Interviewpartnern, sowie von eigenen Sozialraumbesichtigungen treffen sich im Lokal „Sturgies“ ebenfalls Rocker und Neonazis aus der Musikszene. So verkehren hier regelmäßig Mitglieder der KS Spreewacht, der Musikband Legion of Thor sowie der Vandalen.

In einigen Gaststätten im Weitlingkiez werden Rechtsextremisten still geduldet. Es treffen sich weitere Neonazis u.a. im „Zachert Eck“ sowie in der Gaststätte „Piccolo“.

Bisher wenig bekannt ist die Gaststätte „Bierstube Freiaplatz“, auf der Nordseite Lichtenbergs. Dort kommen regelmäßig rechte Hooligans des BFC Dynamo und Neonazis aus verschiedenen Kameradschaften zusammen.

SMS-Verteiler, Chats, Messenger, Foren

Die wichtigsten Kommunikationsmittel der Rechtsextremen sind das Handy und das Internet. Mit Hilfe von SMS-Verteilern, in denen nicht selten bis zu achtzig Personen verzeichnet sind, ist es möglich, auch zu spontanen Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen zu mobilisieren. Die Versandkosten übernimmt in Berlin der Märkische Heimatschutz oder im Zusammenhang mit Wahlkampfveranstaltungen die NPD.

Im Internet werden in Foren die Mobilisierungen für Großveranstaltungen sowie aktuelle politische Ereignisse diskutiert. Die internen Diskussionen finden in Chats und per Messenger statt.

Der private Raum als politischer Treffpunkt

Gerade die autonomen, stark an linksradikale Politikformen angelehnten Aktionsgemeinschaften, treffen sich oft in privaten Räumlichkeiten. Als Reaktion auf den vermehrten Druck der medialen Öffentlichkeit sowie infolge einer stärkeren polizeilichen Repression, finden immer mehr Treffen in Privatwohnungen statt. Die Wohngemeinschaft bietet für die autonomen Nationalisten eine ideale Form das private Leben mit der politischen Arbeit zu verbinden. Im Weitlingkiez selbst sind dem ZDK zwei Wohngemeinschaften und diverse Privatwohnungen bekannt.

Zusammenfassung

Durch eine gute Infrastruktur im Weitlingstraßenkiez sind die Rechtsextremen präsent und ansprechbar für die Bevölkerung. Es existieren unterschiedliche Erlebniswelten für rechts- orientierte Jugendliche und die Möglichkeit, ohne wesentlichen politischen Druck von der Zivilgesellschaft diese Gesinnung auszuleben. Aber auch für ältere Rechtsextremisten ist der Kiez durchaus attraktiv.

In den Gaststätten hat das ZDK Team beobachtet, dass das optische Bild bestimmt ist durch eine „Rockerästhetik“ und einen zumeist männlichen, proletarischen Duktus.

Junge, autonome Nationalisten präsentieren die andere Form des Neonazidaseins, moderne jugendkulturelle Kleidung verbunden mit jugendlichem Rowdytum.

Die Szeneläden im Kiez bieten verschiedene Musik- und Kleidungsstile an, so dass jeder Geschmack bedient werden kann. Da viele Rechtsextreme für die Bevölkerung zunächst nicht erkennbar sind, können diese sich im städtischen Leben ungestört integrieren.

Die Aktivitäten und die Infrastruktur der Rechtsextremen stellen eine kulturelle Alternative im Weitlingstraßenkiez dar.

2.4. Überschneidungen mit subkulturellen Milieus

In der Fachliteratur wird schon sehr früh von Mischformen des Rechtsextremismus und anderen (Jugend)- Subkulturen gesprochen.⁶⁰ Anknüpfungspunkte ergeben sich aus der Vorliebe für einen antibürgerlichen Lebensstil, sowie einer Ablehnung von demokratischen Regierungsformen. Einige rechtsextreme Organisationen haben sich bewusst in eine „neue“ Subkultur begeben, um so andere Rekrutierungsmöglichkeiten in der politischen Arbeit aufzutun.

Rockerszene

In Berlin sind einige Verzahnungen der Milieus bekannt geworden. Anfang der neunziger Jahre gelang es beispielsweise den Hells Angels das Vereinsgeschehen des BFC Dynamo entscheidend zu bestimmen, und es zeichnet sich bei der Fan-Klientel eine Melange aus Rechtsextremismus, Hooliganismus und rechtem Lifestyle ab.⁶¹ Das empirische Material über diese Milieus ist jedoch sehr dünn. Sie agieren oft in kriminellen Bereichen, die Wissenschaftlern und Journalisten nur schwer zu erschließen sind.

In Lichtenberg ist davon auszugehen, dass es Überschneidungen zwischen der Rockerszene und den rechtsextremen Kameradschaften gibt, die aber nicht dezidiert nachgewie-

⁶⁰ Vgl dazu: Heitmeyer, Wilhelm (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie.

Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim

⁶¹ Vgl dazu: Wilking, Dirk: (2006)Rechtsextremismus und Rocker. Milieus in Brandenburg und ihr Verhältnis zueinander. Unveröffentlichtes Manuskript. Mobiles Beratungsteam Brandenburg

sen werden können. Das Interesse der rechten Szene an dem Rockermilieu besteht zunächst an den kriminellen Aktivitäten, speziell an dem Handel von Waffen. Aber auch für die Militanz und Radikalität, sowie die Verweise auf Bruderschaft und Treue hat die rechte Szene eine große Faszination.

Vandalen

Die Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft wurden 1982 von einer Gruppe ideologisch gefestigter Neonazis in Berlin Lichtenberg gegründet. Sie machten sich sowohl subkulturelle Codes der Rockerszene wie auch der Neonaziszene zu eigen. Die Vandalen sind keine Rockergruppe im ursprünglichen Sinne, da sie keine Motorräder besitzen und nur dem äußeren Erscheinungsbild nach Rockern ähneln. Die Gruppenzugehörigkeit wird durch eine eigene Kutte gekennzeichnet. Es kursieren ebenfalls spezielle Vandalen-Aufnäher, die mit dem Gruppennamen versehen sind.

Ihr ideologisches Weltbild ist neonazistisch und an einem Germanenkult orientiert. Die Struktur der Gruppe ist streng elitär gegliedert. Bei einem Interesse an der Mitgliedschaft muss der Einzelne verschiedene Stufen der Anwärterschaft durchlaufen. Die Mitglieder der Vandalen genießen einen hohen Popularitätsgrad in der rechtsextremen Szene. Bei einem Vorbereitungstreffen für den NPD Wahlkampf 2005 im Parteibüro in Berlin-Köpenick nahmen neben Kameradschaften aus Berlin und Brandenburg auch Mitglieder der Vandalen teil.

Der bekannteste Vandale dürfte Michael Regner, „Lunikoff“, Sänger der inzwischen aufgelösten Neonazi-Band Landser, sein. Auch der Schlagzeuger der Berliner Band Spreeschwader ist Mitglied. So dominieren die Vandalen auch das rechtsextreme Musiknetzwerk in Berlin und verfügen über zahlreiche Kontakte zu rechtsextremen Kameradschaften, Parteien und Musikgruppen im In- und Ausland.

Zu ihrem engeren Umfeld in Berlin zählen Mitglieder der Lichtenberger Kameradschaft 35, der NPD Landesvorsitzende Eckardt Bräuninger sowie ehemalige „Blood and Honour“ Aktivisten.

Der Club Gremium MC

Der Gremium MC wurde 1972 in Mannheim gegründet und ist ein streng hierarchisch geführter Club, der sich von dem „amerikanisierten“ Rockerclub Hells Angels abgrenzen wollte. Es kann nicht pauschal gesagt werden, dass dieser Motorradclub rechtsextrem ist, allerdings gibt es Anzeichen für rechte Tendenzen innerhalb des Vereins. So wurde im Jahr 2004 das Vereinslogo mit einem Eisernen Kreuz ausgestattet, welches unterhalb einer „White-Power-Faust“ steht. Während sich auf der Homepage die Rocker von eine

rechtsextremen Definition des „Eisernen Kreuzes“ lossagen, wird auf die „White-Power-Faust“ nicht weiter eingegangen.⁶²

Geographisch verteilen sich die Clubs unregelmäßig in Deutschland.

Im Osten gibt es in Berlin, Dresden, Spremberg, Cottbus, Potsdam, Frankfurt/ Oder, Zwickau und Neubrandenburg Gruppen. Allgemein ist ein Gremium MC Nomads Eastside für Ostdeutschland zuständig. Das ZDK- Team hat verdichtete Hinweise, dass Rechtsextreme aus Berlin-Lichtenberg und Brandenburg Kontakte zu dem Motorradclub pflegen und beispielsweise an deren Jahresfeiern teilnehmen.

Asgard

Der Club Asgard befand sich, bis 2006 relativ versteckt, in einem Hinterhof in Alt Friedrichsfelde, an der Grenze zwischen Lichtenberg und Marzahn. Nach außen gaben sich die Betreiber als Sympathisanten der Black- Metal-Szene. In den letzten Jahren geriet der Club mehrmals durch die polizeiliche Auflösung verschiedener rechtsextremer Black- Metal Konzerte in die Schlagzeilen.⁶³

Fackeln, brennende Tonnen und eine Motorradausstellung standen im Innenbereich des Clubs. Die Clubbetreiber verfügen über gute Kontakte zum Rockermilieu und in die Neonaziszene.

So wurden in den letzten Jahren Neonazis aus der Kameradschaft Märkischer Heimatschutz und der NPD als Türsteher beschäftigt. Der Club diente nicht nur am Wochenende als Konzert- und Veranstaltungsraum, sondern war auch wochentags geöffnet und wurde als Treffpunkt der Rockerszene, aber auch von Rechtsextremen genutzt.

Der inoffizielle Betreiber Lars Burmeister steht exemplarisch für die Verbindung zwischen der Dark- Metal-, Rocker- und Neonaziszene. Der 36jährige Burmeister kann auf eine langjährige Neonazikarriere zurückblicken. Anfang der neunziger Jahre war er Berliner Landesvorsitzender der mittlerweile verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP).

Nach einer Haftstrafe zog er sich aus der Öffentlichkeit zurück und versuchte sich ein ökonomisches Standbein im Musikgeschäft zu schaffen. Er beteiligte sich nach Erkenntnissen des Zentrums Demokratische Kultur an dem Musikprojekt White Aryan Rebels. Nach öffentlichen Protesten und Anfragen gegen den Club Asgard, wurde von Seiten des Berliner Liegenschaftsamtes dem offiziellen Betreiber Anfang des Jahres 2006 gekündigt. Das Untersuchungsteam verfügt über Informationen, dass die Mitglieder nach einem neuen Clubhaus suchen.

⁶² Vgl dazu: <http://www.gremium.de/d/gremium.html> eingesehen am 4.8.2006

⁶³ Die Polizei wurde am 20. Juli 2002 gegen den illegal betriebenen Club aktiv und verhinderten ein Konzert der überregional bekannten Rechtsrockbands Magog und Totenburg. Vgl dazu: Jungle World (2002): The Sound of the V-Man. S. 7

Rechtsextreme Hooligans

Die Hooliganszene ist nicht per Definition politisch oder rechtsextrem, jedoch ist der Berliner Verein BFC Dynamo durch sein rechtes Fanklientel und die enge Verbindung des Hooliganspektrums mit Ostberliner Kameradschaften bekannt geworden.

Formale und informelle Kontakte bestimmen das Verhältnis zwischen Hooligans und Rechtsextremen in Lichtenberg.

Die ideologische Schnittmenge von Neonazis und Hooligans des BFC Dynamo ist durch Alltagsrassismus, Antisemitismus und Homophobie gegeben.

Aber auch die Gewaltanwendung gegen politische Gegner und Polizei spielen eine große Rolle. So bewarfen BFC Hooligans am 11. April 2004 beim Berliner Pokalhalbfinale zwischen dem BFC Dynamo und dem SV Yesilyurt die türkischen Fußballspieler unter den Rufen „Scheiß Kanaken, ihr könnt nach Hause fahren!“ mit Fladenbroten. Mehrmals wurden schwarze Spieler bei Fußballspielen beschimpft und ausgepiffen.

Ein Beispiel für die Überschneidungen und Zusammenarbeit von Hooligans und Rechtsextremen stellte das Aufgebot an gewaltbereiten Männern zur Prozesseröffnung im Mai 2005 in Potsdam gegen einen Berliner Neonazi dar. Er wurde wegen versuchten Mordes an fünf Jugendlichen angeklagt. Unter den anwesenden Zuschauern befanden sich Rechtsextreme aus Berlin und Potsdam, sowie Hooligans des BFC Dynamo, die Zeugen und Angehörige der Opfer einschüchterten und bedrohten.

Verbindungen zwischen dem Fanpotential des BFC Dynamo finden sich ebenso zum Rockermilieu, der Türsteherszene sowie dem organisierten Drogenhandel.

Eine kleine Hooligan-Gruppe nennt sich Lichtenberger Dynamo Crew und besteht aus Personen mit regen Kontakten zur Berliner Kameradschaftsszene.

Resümee

Schwierig zu erschließen sind die Überschneidungen mit den subkulturellen Milieus, da wenig empirisches Material vorliegt. Auch ist es für Journalisten, das Untersuchungsteam und Wissenschaftler kaum möglich Gespräche mit diesen Gruppierungen aufzunehmen, da diese kein Bedürfnis haben, sich politisch oder ideologisch nach außen zu präsentieren. Auch von staatlicher Seite liegen kaum Erkenntnisse vor.

Unbestritten sind die Kontakte zwischen rechtsextremen Kameradschaften, der NPD sowie der Hooliganszene des BFC Dynamo. Auf die Frage, ob Rockerclubs und Gruppen mit der rechtsextremen Szene zusammenarbeiten oder sich nur in den Gaststätten im Weitingkiez begegnen und gemeinsame Ästhetiken und Vorlieben teilen, kann keine eindeutige Antwort gegeben werden.

2.5. Rechte Alltagsphänomene- zwei Beispiele aus dem Weitlingstraßenkiez

Neben der Beschreibung des Rechtsextremismus in Form von Strukturen, Ideologien und Vorfällen wird bei dem Ansatz des Zentrums Demokratischen Kultur stets auch die Perspektive von Minderheiten und potentiellen Opfern rechter Gewalt miteinbezogen. Oft ist es nicht primär körperliche Gewalt, sondern vielmehr bestimmte diskriminierende Blicke, verbale Anfeindungen oder demonstrative Gesten sowie die Möglichkeit eines körperlichen Übergriffes, die Minderheiten dazu veranlassen können, bestimmte Orte zu meiden. Gerade diese Wahrnehmungsmuster, die nicht jedem Akteur der Gesellschaft bewusst werden, waren uns bei der Untersuchung wichtig für eine Problembeschreibung. Ideologische Diskussionen innerhalb der rechtsextremen Szene drehen sich ebenfalls um eine Strategie der Vereinnahmung des öffentlichen Raums.⁶⁴

Rechtsextreme bemühen sich im unterschiedlichen Maße auch um kommunal verankerte Aktivitäten. So nutzen die Führungspersonen nicht nur die Mitgliedschaft in einer Partei, um das kommunale Leben zu gestalten, sondern sind auch in Vereinen, Bündnissen oder Interessensgemeinschaften aktiv. Dort fallen sie zunächst durch ihre sozialen Aktivitäten auf. Ihr Gedankengut versuchen sie sekundär einfließen zu lassen.

Das Gelbe Fest in der Weitlingstraße

Vom 2.- 4. September 2005 erstrahlte die Weitlingstraße in einem intensiven Gelbton, der nicht nur optisch viele Besucher anzog. Ein 4500 Meter großer und 350 Meter langer Teppich wurde über die Einkaufsmeile gerollt und während der drei Festtage boten ansässige Läden ihre Produkte an.

Die sonst so vielbefahrene Straße wurde zur Erlebniszone. Modenschau, Konzerte und ein Kinderprogramm stellten die Höhepunkte der Veranstaltung dar. Das Fest wurde von der Stadtbildagentur⁶⁵ und dem Stammtisch der Gewerbetreibenden organisiert. Die Idee der Initiative mit dem Gelben Fest zu einer Verbesserung des Stadtbildes, einer Imageaufwertung des Kiezes sowie der Stärkung bürgerschaftlichen Engagements beizutragen, ging zunächst auf. Während der drei Tage besuchten mehrere tausend Menschen die Feierlichkeit. Für die Gestaltung des Gelben Festes, wie auch für die Einführung eines WeitlingCard Einkaufsführers, gewann die Initiative Weitlingstraße beim Wettbewerb Mitten-drin Berlin einen Förderpreis. An der Organisation und Durchführung des Festes nahm

⁶⁴ Siehe einführend : Bernd Wagner (1998): Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Berlin. Ebenso: Bernd Wagner (2002); Kulturelle Subversion von rechts in Ost- und Westdeutschland. Zu rechtsextremen Entwicklungen und Strategien, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.); Handbuch Rechtsradikalismus. Opladen. S. 13-28

⁶⁵ Die Stadtbild Agentur Lichtenberg ist eine Einrichtung im Lichtenberger Urban-II-Gebiet, die seit Oktober 2003 im Weitlingkiez Ansprechpartner für Anwohner, Gewerbetreibende, soziale Träger, Vereine, Bürgerinitiativen und Hauseigentümer vor Ort ist

auch der damalige Besitzer der „Bierkiste“, Detlef Mirek, mit einem eigenen Organisationsteam teil. Nach Beschreibungen einiger Interviewpartner ist Detlef Mirek ein „Macher-Typ“, mit einem ausgeprägten Geschäftssinn:

„Er war einer von denen, die relativ früh offensichtlich begriffen hatten, dass er einfach mal Geld verdienen kann. Und er war insofern, er hat sein Ding gemacht. Aber wir waren froh, dass auch jemand mal Eigeninitiative zeigt und sagt: Okay, ich bestell mal diese Biertischgarnituren. Also, der hat irgendwie etwas gemacht und der war auf dieser Ebene sozusagen ein Partner.“⁶⁶

Für einige Gewerbetreibende stellte Detlef Mirek eine akzeptierte Person dar, die auch während des Festes für Ruhe und Ordnung sorgte.

„Ich muss auch dazu sagen: Anerkannt. Anerkannt jetzt nicht von der politischen Einstellung, sondern, weil er einfach auch ein Macher war, also er hat einfach auch für den Kiez was gemacht, muss man einfach [...] und wenn er dann mal ein bisschen zu deftig wurde, dann hat er seinen Rüffel weggekriegt.“

Er hat sich auch beim Gelben Fest absolut zurückgehalten, es herrschte Ordnung, es herrschte Sicherheit und im wirklich perfekten Sinne, aber das ist keine Schönmalerei, aber bloß, ich kann Leute nicht außen vorlassen, wenn ich so was und schon gar nicht, ich kann nicht mit irgendwelchen Gerüchten arbeiten. Ich muss mit Fakten arbeiten und so lange ich keine Fakten habe, äh, ja, ist es schwer“.⁶⁷

Auf dem Fest trugen Detlef Mirek und seine Aushilfen ein gelbes T- Shirt, welches mit schwarzer Frakturschrift und dem Slogan „Fresst keine Döner“ bedruckt war. Diese Kleidungsstücke konnten auch am Stand der „Bierkiste“ erworben werden. Mirek nutzte den öffentlichen Raum und war mit vielen Biertischen auf dem Fest präsent. Während die Stimmung in den frühen Nachmittagsstunden noch gelöst war, berichteten einige Interviewpartner, dass sie gegen Abend an der „Bierkiste“ mit einem ängstlichen Gefühl vorbei liefen.

„ Mir kamen diese Männer, ich kann nicht sagen, ob dies Nazis waren, aber sie wurden zunehmend aggressiver, guckten auf meine schwarzen Klamotten und brüllten mir etwas hinterher, doch ich verstand den genauen Wortlaut nicht“⁶⁸

Auch die Projektkoordinatorin der Stadtbildagentur nahm die Stimmung wahr:

⁶⁶ Interview 1. Seite 3

⁶⁷ Interview 9. Seite 6

⁶⁸ Interview 12. Seite 3

„Ja, zum Beispiel bin ich ja auf diesem Gelben Fest herum gerannt als Mit-, Hauptorganisatorin und musste irgendwo sehen, dass die Leute ihre Musik frühzeitig leiser machen und so weiter. Und ich hatte da sehr kurze Haare gerade und hatte, weil es da gerade sehr praktisch war, so eine Worker Hose an und sah wahrscheinlich nicht so aus, wie man sich das vom klassischen Frauenbild erwartet.

Und ich musste da halt einmal, bei einer, ich glaube Bierkiste, die waren sehr aktiv beim Mitmachen, die hatten sehr viele Biertischgarnituren draußen und hatten entsprechend Leute davor sitzen [...] Dann habe ich erst mal meinen Wunsch geäußert, dass die Musik leiser gestellt werden soll und dann kamen unterschiedliche Sachen, aber man vergisst dann trotzdem nicht, wenn dann so ein Typ da an seinem Bierglas dann halb zu einem aufblickt und sagt dann, Igitt, dat so wat rum läuft.“

Das Fest verlief dennoch friedlich und auch die meisten Interviewpartner waren mit dem Verlauf zufrieden und stolz auf ihr Engagement. Kritisiert wurde von einigen Organisatoren, dass keine ausländischen Ladenbetreiber bei dem Fest mitgemacht hätten. Was vielen von uns befragten Interviewpartnern nicht auffiel, war die Tatsache, dass Jugendliche aus dem Spektrum der Freien Kräfte Berlin abwechselnd rund um den Festplatz Patrouille liefen und nach vermeintlichen Gegnern Ausschau hielten.

Ein Spaziergang durch die Weitlingstraße

Auch vor den ersten Beobachtungen und Interviews, die wir in den Monaten Juli und August durchführten, war das Gebiet um die Weitlingstraße uns durch diverse Neonaziaktivitäten bekannt. Unser Forschungsteam entschied sich bei der ersten Sozialraumbeobachtung für einen Spaziergang durch die Weitlingstraße und die Parallelstraßen.

Am 28. Juli gegen 10 Uhr vormittags kamen wir am Bahnhof Lichtenberg an. Im sanierten Hallenbereich waren keine eindeutigen Symbole oder Schmierereien der rechten Szene wahrzunehmen. Um den U-Bahnbereich zu erkunden, verließen wir den Bahnhof und begegneten zwei Männern, die u.a. mit einem T- Shirt Lichtenberg 35, Ost Berlin und einer Thor Steinar Hose bekleidet waren und an der linken Seite vor dem Bahnhof stehend bereits gegen 10 Uhr ihr erstes Bier tranken.

Auf dem Weg zur U - Bahn fiel uns im Tunnel ein gelbes Plakat mit der Aufschrift „Bürgerinformation - Unser Kiez will keine Schläger“ auf.

Aus der Ferne betrachtet, war das Plakat im Stil des Gelben Festes gestaltet. Erst bei einem genaueren Hinsehen und Lesen fielen uns die Begriffe „nationale Widerstandskämpfer“ und „nationale Jugendliche“ auf.

Am Sparkassenautomat hing ein Aufkleber in schwarz-, weiß-, roter Herzform, mit der Überschrift „Ein Herz für Deutschland“.

In der Weitlingstraße selbst erkannten wir in vielen Geschäften ein gelbes Plakat, auf dem unter der Überschrift „Keine Gewalt“ ein Spiegelei abgebildet war. Die Ladenbesitzer

selbst waren freundlich und erklärten uns, dass sie in ihrem Kiez kaum Rechtsextreme wahrnehmen oder in Lichtenberg auch kein größeres rechtsextremes Potential wäre, als in anderen Bezirken.

Am Münsterlandplatz besuchten wir einen kleinen Wochenmarkt, und auch dort war die Atmosphäre entspannt. An den Laternenpfosten hingen immer wieder kleine Aufkleber, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Lichtenberg richteten, jedoch abgerissen oder beschädigt waren. Andere Aufkleber mit der Überschrift „ALB, AH und JAB zu Gast bei Feinden“ und dem Zusatz „Whitelingskiez“ umrandet von einer weißen Faust, zierte stattdessen den Laternenpfahl. Für Außenstehende sind diese Insignien kaum verständlich.

Im „Zachert- Eck“ legten wir eine Pause ein. Die freundliche Bedienung erklärte uns auf Nachfrage ihre eintätowierten germanischen Symbole. Als das Untersuchungsteam sie auf den Umgang mit rechtsextremen Gästen ansprach, antwortete sie uns, dass wir vor den Jungs keine Angst haben müssen.

Wir liefen den Weg zurück zur Weitlingstraße und wollten uns verköstigen. Der Besitzer eines Döner- Imbisses war aufgeschlossen und freundlich, hatte jedoch Bedenken, uns ein Interview zu geben. Sein Geschäft laufe gut und er möchte keinen Ärger haben.

Vor dem Szeneladen Ostzone saßen ein Mann und eine Frau, die äußerlich sehr modisch angezogen waren. Der Mann trug eine weite Jeanshose, aus der eine silberne Kette heraushing und ein T- Shirt mit der Aufschrift „Blue eyed Devils“. Piercings schmückten seine Ohren und sein Gesicht.

Nur an dem Basecap nahmen wir einen eindeutigen Button wahr, mit der Aufschrift „Nationale und Soziale Aktion“ und einer schwarz-roten Fahne im Hintergrund. Nachdem wir ausführliche Erkunden und Besorgungen in den Läden der Weitlingstraße getätigt hatten, kehrten wir am Spätnachmittag zum Bahnhof zurück.

Dort sahen wir zum ersten Mal an diesem Tag einen klassischen rechtsextremen, jugendlichen Skinhead, der auf seinem T- Shirt den Bandnamen „Die Lunikoff Verschwörung“ trug.

2.6. Auswertung der beiden Beispiele

Unsere Beobachtungen stehen exemplarisch für Problemwahrnehmungen bezüglich des Rechtsextremismus, können jedoch nicht für den gesamten Stadtteil Lichtenberg verallgemeinert werden. Die Initiative für ein Gelbes Fest in Lichtenberg von Seiten der Stadt- bildagentur und den Gewerbetreibenden bewerten wir als ein begrüßenswertes Anliegen, auch im Sinne einer Etablierung demokratischen Engagements. Motiviert durch das Anliegen, eine Aufwertung des Wohnumfelds und der Geschäftsstruktur in der Weitlingstraße zu erreichen, entstand dieses Projekt. Dabei sollte der Blick auf den Kiez ein Positiver sein. Bei den Stammtischen der Gewerbetreibenden und diversen Vorbereitungstreffen

planten die Aktiven die Durchführung. Ausgeblendet wurden dabei jedoch die Problembeschreibung des Rechtsextremismus und der Umgang mit diesem.

Der Gastwirt Detlef Mirek nahm aktiv an diesen Vorbereitungsrounden teil, brachte eigene Vorschläge ein und konnte offen seine rassistischen Ansichten zeigen. Weder die Stadtbildagentur, noch die Stadtteilmanagerin griffen bei den Vorbereitungen oder auf dem Fest ein. Auf unsere Nachfrage, warum es dort von Seiten der Experten und Gewerbetreibenden keine eindeutige Positionierung gegeben habe, gab es stets die Antwort, dass „die NPD nicht verboten sei“ und es „keine gesetzliche Grundlage gegen die Beteiligung von Rechtsextremen an dem Fest gebe“ oder, dass „alle Lichtenberger mit ins Boot genommen werden sollten“.

Bei diesen Aussagen werden mehrere Problemfelder deutlich. Zunächst wird die Handlungskompetenz der jeweiligen Akteure an Justiz und parlamentarische Ebene delegiert und damit weit weg geschoben. Doch Demokratie bedeutet auch das Austragen von Konflikten auf der kommunalen Ebene, in städtischen Bündnissen oder bei der Organisation eines Festes.

Eine Strategie von Rechtsextremen ist es, sich auf „die Demokratie“ oder „die Menschenrechte“ zu berufen, wenn es um die Teilnahme an Veranstaltungen und Diskussionen geht. Das Parteiprogramm der NPD verstößt jedoch fundamental gegen den Wertekanon des Grundgesetzes sowie gegen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Gleiche Rechte werden in dem Programm nur Deutschen vorbehalten, Minderheitenrechte finden keinen Platz. Eine Diskussion und Positionierung seitens der städtischen Vertreter und der Gewerbetreibenden wäre in diesem Fall notwendig gewesen.

Durch die Einbeziehung von Herrn Mirek wurden rechtsextremen Parolen und Ordnungsvorstellungen Platz eingeräumt und diese indirekt gebilligt.

Wichtige Fragestellungen wie sich beispielsweise der Umgang mit rechtsextremen Gruppen gestaltet, konnten allein durch die Teilnahme des Kneipers nicht diskutiert werden. Am Schluss des Beispiels werden aus der Sicht der potentiellen Opfer die Ordnungstrupps beschrieben. Durch die Anwesenheit und die aktive Beteiligung der Rechtsextremen wurden temporär Dominanzräume geschaffen. Gerade Jugendliche und Anwohner, die sich offen gegen Rechtsextremismus engagieren, geraten in den Fokus der vermeintlichen Ordnungshüter. Eine weitere Reaktionsweise der potentiellen Opfergruppen kann im Meiden von größeren Festen liegen und den Rückzug von nicht-rechten Jugendlichen und Migranten in „ihre“ Kreise zur Folge haben.

Bei dem Kiezspaziergang im August 2006 wurden erste Wahrnehmungen vor Ort erfasst. Dabei ist die starke Verbreitung von rechtsextremer Symbolik, insbesondere rund um den Bahnhof und in der Weitlingstraße auffällig. Dass dies keinesfalls nur eine Reviermarkierung von rechten Jugendlichen darstellt, lässt sich anhand der Vielfältigkeit des verwendeten rechtsextremen Propagandamaterials erschließen.

So reichte dies von den aktuellen NPD- Aufklebern, über Symbole des Nationalen Widerstands, den Freien Kräften Berlin, über Aufkleber, auf welchen der Hitler- Stellvertreter Rudolph Hess als Märtyrer verehrt wurde. Auch rechtsextreme Graffitis wie SS Runen und der Vernichtungsparole „C4 for reds“ (Sprengstoff gegen Linke) traten im Stadtbild auf.

Die Mehrheit der Interviewten nahm diese Erscheinungen bisher nicht wahr, nur zwei Personen sprachen von rechtsextremen Symbolen, die sie im Straßenbild gesehen hatten. So sagte uns ein Anwohner:

„Verfassungswidrig wird es ja erst, wenn Symbole bzw. Musik nach draußen kommt, dann wird es erst verfassungswidrig, bzw. kriminell, vorher ja nicht, oder, wenn sie Symbole offen auf der Straße tragen, was eigentlich selten vorkommt, aber die so genannten versteckten Symbole, bestes Beispiel ist hier draußen (Schriftzug „Hass“ auf einen Stromkasten), äh, die sehe ich, ja also täglich“ (Interview 9, S.2).

So tritt nach Einschätzung des ZDK-Teams einerseits eine Verharmlosung in der Argumentation des Anwohners auf, andererseits lässt sich auch ein Gewöhnungseffekt an rechtsextreme Symbole erkennen. Die Notwendigkeit der Beseitigung dieser Schmierereien im öffentlichen Raum oder bei verfassungswidrigen Kennzeichnungen, diese Delikte anzuzeigen, war bei einer Mehrzahl der Interviewpartner nicht zu erkennen.

Doch durch die Symbolik und die darüber transportierten Botschaften schafft die rechtsextreme Szene für bestimmte Bevölkerungsgruppen Macht und Präsenz im öffentlichen Raum. Kennzeichnungen, welche nicht auf den ersten Blick kategorisiert werden können, stellen einige Anwohner vor Schwierigkeiten. Oft wurden wir gefragt, wo die Grenzen zwischen Rockerästhetik und Rechtsextremismus verlaufen. Am schwierigsten gestaltet sich die Wahrnehmung bei den subkulturellen Jugendlichen, die äußerlich auch der linken Szene zuzuordnen sein könnten. So hätten die beiden Jugendlichen vor dem Tätowierladen Ostzone von einem Laien kaum erkannt werden können.

Einzig der auf dem T- Shirt abgebildete Bandname „Blue eyed devils“ sowie ein kleiner Button ließen auf die politische Gesinnung schließen. Die Lieder der rechtsextremen Hardcoreband aus den USA sind in Deutschland fast alle indiziert und heißen u.a. „Holocaust 2000“, „Total War“ oder „Intolerance“.

Problematisch ist unserer Einschätzung nach die Ansicht einiger Interviewten bezüglich der Rechtsextremisten als die „Jungs von nebenan“, die ungefährlich, da bekannt sind. Gerade in Gaststätten hatten wir den Eindruck, dass diese Sichtweise stark verbreitet ist. Ausgeblendet wird in dieser Aussage die politische Dimension des Rechtsextremismus. In dem skizzierten gesellschaftlichen Klima können sich rechtsextreme Ordnungsbestrebungen gut entwickeln.

Die Ablehnung des türkischen Ladenbesitzers bezüglich eines Interviews lässt sich ebenfalls daraus erklären. Auch er möchte „keinen Ärger haben“ und schweigt. Neben man-

gelinden Sprachkenntnissen, Skepsis gegenüber Journalisten bzw. Wissenschaftlern könnte die Angst vor Racheaktionen seitens der Rechtsextremen ein Motiv sein.

3 Wahrnehmungsmuster verschiedener Akteure

Je nach dem Blickwinkel und den Interessen der unterschiedlichen Akteure im Distrikt um die Weitlinglingstraße, entstehen verschiedene Deutungsmuster und Schlussfolgerungen bezüglich des Rechtsextremismus. Das polizeiliche Wahrnehmungsmuster ist an der Kriminalitätsdefinition orientiert⁶⁹, weniger auf alltagsrassistische Elemente oder kulturelle Bestrebungen der rechtsextremen Szene ausgerichtet.

Die Medienberichterstattung orientiert sich am Leserklientel und polarisierende Berichte erzeugen oft einen höheren Aufmerksamkeitsgrad.

Die Wahrnehmungsmuster von Anwohnern und Gewerbetreibenden können sehr unterschiedlich ausfallen und lassen sich nicht auf ein genuines Interesse reduzieren.

3.1. Aktuelle Sichtweisen von Polizei und Verfassungsschutz

Einleitende Bemerkungen

In der Öffentlichkeit und in der Politik werden die Lageeinschätzungen von Polizei⁷⁰ und Verfassungsschutz⁷¹ als bedeutsam und orientierend zugrunde gelegt, sind es doch diese Behörden, die systematisch und definiert Informationen zum rechtsextremen Feld erheben.

Das bezieht sich auf Straftaten und Veranstaltungen sowie auf verdächtige und reale extremistische Personen und Gruppierungen. Die entsprechenden Rechtsvorschriften ermächtigen die Behörden jedoch nur zur Erfassung von Informationen und Ausschnitten der rechtsextrem-orientierten Szene und ihrer Aktivitäten.

Es gibt darüber hinaus strukturelle und subjektive Begrenzungen von Erkenntnisinstrumenten im Repertoire der Strukturen der Inneren Sicherheit. Das bezieht sich auf die Statistik im Bereich der Polizei, auf der auch das statistische Material des Verfassungsschutzes fußt.

Ein weiterer Faktor der Beschränkung ist die Existenz eines Dunkelfeldes im Bereich Straftaten und im Bereich von Aktivitäten und Ereignissen im legalen Bereich.

⁶⁹ Am 1. Januar 2001 wurde das neue Erfassungssystem »Politisch motivierte Kriminalität« eingeführt. Zentraler Begriff ist die »politisch motivierte Kriminalität« (PMK) mit den Phänomenbereichen PMK–rechts, PMK–links und »politisch motivierte Ausländerkriminalität«

⁷⁰ Zum rechtlichen Auftrag der Polizei in Berlin, siehe

⁷¹ Zum rechtlichen Auftrag des Verfassungsschutzes in Berlin, Senatsverwaltung für Inneres, Abt. II, siehe Verfassungsschutzbericht 2005, S.301

Diese Begrenzungen der Erfassung und Auswertung sind bei der Darstellung und der politischen Bewertung der Relevanz des Rechtsextremismus generell und in konkreten sozialen Räumen zu bedenken. Das bedingt, dass die Arbeit an der Erkenntnis zum Problemfeld des Rechtsextremismus durch die Behörden der Inneren Sicherheit nicht allein zu tragen ist, und es deshalb der Anreicherung anderer sozialer Akteure im staatlichen Spektrum und in der demokratischen Zivilgesellschaft bedarf.

Die Lagebeurteilungen durch die Behörden der Inneren Sicherheit stellen keine sozialwissenschaftliche Erhebungen dar, wenngleich solche Elemente enthalten sind.

Akteure der Behörden der Inneren Sicherheit im Untersuchungsbereich

Im Untersuchungsraum sind folgende Dienststrukturen tätig:

Polizei:

- Direktion 6⁷² mit Abschnitt 64
- Landeskriminalamt⁷³
- Kriminalpolizeilicher Staatsschutz⁷⁴
- Sonderermittlungsgruppe politisch motivierte Straßengewalt (PMS)⁷⁵ mit Sachbearbeitung und Operativgruppe

Verfassungsschutz:

- Abteilung II, Senatsverwaltung für Inneres⁷⁶

Zu Begrifflichkeiten im Bereich der Inneren Sicherheit

Das Problemfeld des Rechtsextremismus wird im Bereich der Behörden der Inneren Sicherheit durch den Kanon der aktuellen Definition des Rechtsextremismus bestimmt, die sich aus Verbotsverfügungen und Urteilen von Gerichten ergeben und den Deutungen, die Entscheidungen zugrunde liegen, Personen und Strukturen gemäß den rechtlichen Ermächtigungen zu beobachten.

⁷² Information zur Direktion siehe www.berlin.de/polizei/bezirk/dir6/a64.html

⁷³ Information zum Landeskriminalamt Berlin siehe www.berlin.de/polizei/wir-ueberuns/struktur/lka/index.html

⁷⁴ Information zum Kriminalpolizeilichen Staatsschutz siehe www.berlin.de/polizei/wir-ueberuns/struktur/lka/lka5.html

⁷⁵ Information zu PMS siehe www.senbjs.berlin.de/jugend/landeskommission_berlin_gegen_gewalt/veroeffentlichungen/berliner_forum_gewaltpraevention_18/bfg_18_07_ma%DFnahmen_der_sverw.pdf

⁷⁶ Information zum Verfassungsschutz Berlin siehe www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/index.html

Dabei wird zwischen Verfassungsfeindlichkeit und Verfassungswidrigkeit unterschieden.

Verfassungsfeindlichkeit des Rechtsextremismus beinhaltet nach Darstellung des Verfassungsschutzes folgende Momente:

„Rechtsextremistische Ideologieansätze erwachsen aus den beiden Wurzeln Nationalismus und Rassismus. Sie sind von der Vorstellung geprägt, dass die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse die größte Bedeutung für das Individuum besitzt. Ihr sind alle anderen Interessen und Werte, auch die Menschen- und Bürgerrechte, untergeordnet.

Rechtsextremisten propagieren ein politisches System, in dem als angeblich natürliche Ordnung Staat und Volk in einer Einheit verschmelzen ("Ideologie der Volksgemeinschaft"). Tatsächlich läuft dies auf ein antipluralistisches System hinaus, das für demokratische Entscheidungsprozesse keinen Raum lässt. Zwar ist der Rechtsextremismus in Deutschland nicht ideologisch homogen. Eine Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und eine gegen den Gleichheitsgrundsatz gerichtete Fremdenfeindlichkeit sind allerdings bei allen Rechtsextremisten festzustellen.⁷⁷

Ob diese Deutung das gesamte Feld erfasst, soll an dieser Stelle dahin gestellt bleiben. So ergibt sich eine weitere Logik z.B. aus folgender Definition:

Verfassungswidrig sind alle Strukturen, die durch staatlichen Entscheid und/oder Gerichten verboten wurden. Rechtlich spielen folgende Umstände für die Entscheidungen eine Rolle:

Organisationen entwickeln eine aktiv-kämpferische, aggressive Grundhaltung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bei der Umsetzung ihrer Ziele und Aktivitäten. Sie suchen planvoll das Funktionieren dieser Ordnung zu beeinträchtigen, wollen im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen (BVerfGE 5, 85 \[141\]).

Diese Voraussetzung erfordert nicht, dass die Ziele durch ‚Anwendung von Gewalt oder durch sonstige Rechtsverletzungen zu verwirklichen sucht‘ (vgl. BVerwGE 61, 218 \[220\]; BVerwG NJW 1995, 2505); diese Aktivitäten müssen aber, so weit in Handlungen - das sind u. U. auch programmatische Reden verantwortlicher Persönlichkeiten - zum Ausdruck kommen, dass sie als planvoll verfolgtes politisches Vorgehen der Partei erkennbar‘ werden (BVerfGE 5, 85 \[142\]).⁷⁸

Daneben bestimmen die Raster der Statistik des kriminalpolizeilichen Staatsschutzes „Politisch-motivierte Kriminalität Rechts (KPMD-PMK)“ und ihre Deutung generell und im Einzelfall den Begriff des beurteilten Rechtsextremismus.⁷⁹

⁷⁷ www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_rechtsextremismus

⁷⁸ Vgl. www.extremismus.com/dox/fr-artikel.htm, eingesehen am 24.07.2006

Zur Bedeutung des Rechtsextremismus in den Behörden der Inneren Sicherheit in Berlin

Der Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen spielt im strategischen und operativen Geschehen der Behörden der Inneren Sicherheit in Berlin eine zentrale Rolle im Lagebild Extremismus. Ziel des Bekämpfungskonzepts ist es, rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten "konsequent" zu verfolgen, ihnen vorzubeugen bzw. solche zu verhindern. Verbunden damit ist das Streben nach schnellen und strengen Verurteilungen durch die Gerichte nach schneller Ermittlung von Tatverdächtigen und Beschuldigten sowie die Entfaltung einer hohen Kontrollintensität und Nutzung niedriger Eingriffsschwellen gegenüber als militant und als Kern geltenden rechtsextremen Strukturen, so auch gegenüber dem Personenfeld, das in Verdacht steht, verbotene Organisationen in Berlin fort zu setzen. Im Rahmen dieser Untersuchung sollen die speziellen Instrumente nicht bezeichnet oder bewertet werden.

Der allgemeine Ansatz folgt der Vorstellung, dass Repression die Entwicklung von Strukturen des Rechtsextremismus besonders des aktiv-kämpferischen und militant-kriminellen Elements hemmt bzw. auch zu reduzieren in der Lage ist.

Angetroffen wurde in diesem Zusammenhang die Vorstellung von „Im-Griff-haben“, was die Gefahr von Überheblichkeiten in sich birgt, die sich tendenziell politisch und operativ negativ auswirken und den Blick auf die Erfordernisse politischer Entscheidung der Entwicklung von breitem und differenzierten Bürgerengagement verstellen kann. Insofern ist die anzutreffende Präferenz der Repression als Alternative zu zivilgesellschaftlichem Handeln bedenkenswert. Gleichwohl sind Effekte der repressiven Leistung der Berliner Polizei im Vergleich zu anderen Bundesländern beachtlich.

Zur Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz wird in der Außendarstellung als ziel- und schwerpunktorientiert sowie effektiv auch bezogen auf das Untersuchungsfeld dargestellt. Die Aussage erfolgt glaubhaft, sie kann jedoch nicht näher im Rahmen der Untersuchung und entsprechend der Quellen beleuchtet, objektiviert und bewertet werden.

Zur Lagebeurteilung

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht 2005 gibt Auskunft über die begriffliche Ordnung und phänomenale und länderübergreifende Bedeutung der rechtsextremen Szene in Berlin.

⁷⁹ Zu den verschiedenen Begriffen und Merkmalen siehe auch: Rechte Gewalt in Berlin, Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz, Berlin 2004

Der Berliner Verfassungsschutz unterscheidet im Rechtsextremismus verschiedene Segmente.

Bezogen auf den Weitlingstraßenkiez ergeben sich folgende Lagemerkmale:

Wohngebiet

„80 Prozent der ideologisch gefestigten Berliner Neonazis wohnen in den östlichen Bezirken. Bei den ideologisch gefestigten und gewaltbereiten Neonazis ergibt sich sogar ein Anteil von 85 Prozent. Geographische Schwerpunkte der Neonazi-Szene sind die Bezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Treptow-Köpenick.

Allein in diesen Bezirken leben 75 Prozent der ideologisch gefestigten Neonazis und befinden sich 80 Prozent der von der Neonazi-Szene genutzten Treffpunkte. Besonders betroffen ist der Bezirk Lichtenberg. In den unmittelbar an dem Bahnhof gelegenen südöstlichen und nordwestlichen Wohngebieten lebt jeder sechste gefestigte Berliner Neonazi.“⁸⁰

Straftaten

Im Langzeitvergleich von Straftaten mit „rechter“ Motivation wird der Osten Berlins als Schwerpunktgebiet festgestellt. Der Bezirk Lichtenberg steht an zweiter Stelle. Das Terrain um die Weitlingstrasse wird als relevant, jedoch nicht als herausragend eingestuft.

⁸⁰ Verfassungsschutzbericht Berlin 2005, Berlin 2006, S.207, Internetfassung Juni 2006

Trendanalytisch gesehen werden in Berlin folgende Fallzahlen konstatiert:

Fälle PMK-rechts ⁸¹	2002	2003	2004	2005
	Berlin	Berlin	Berlin	Berlin
Antisemitisch	229	123	146	272
Fremdenfeindlich	138	150	146	155
Antisemitisch und Fremdenfeindlich	26	31	32	28
Sonstige PMK-rechts	555	641	652	1096
PMK-rechts Gesamt	948	945	976	1551

Der Anstieg der Fallzahlen geht auf die Feststellung von Propagandadelikten zurück und so Ausdruck von temporärer Aktivität und Wahrnehmungsschüben sind.⁸²

Der Fallanteil bei rechtsextremen Gewaltstraftaten in Berlin- Lichtenberg liegt im Zeitraum 1998-2003 bei 17%, mit 57 Taten nimmt der Bezirk die erste Stelle in Berlin ein. Für das Gebiet Weitlingstraße konnten Zahlen gegenwärtig nicht dargestellt werden.

In dem gleichen Zeitraum, wohnten 87% (490) aller Tatverdächtigen (573) in der Stadt, ein Ausweis der Lokalen Bindung des kriminellen Rechtsextremismus.⁸³

Mit einem Anteil von 60% stechen Gruppenstraftaten von jungen Männern hervor, davon 60% Absolventen der Hauptschule⁸⁴ im Alter von 15-24 Jahren, die verstärkt aus dem regulären gesellschaftlichen Arbeitsprozess desintegriert und ledig sind.⁸⁵ Sie trauten sich

⁸¹ Quelle: Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung II, Juli 2006

⁸² Verfassungsschutzbericht Berlin 2005, Berlin 2006, S.328

⁸³ Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz, Rechte Gewalt in Berlin, Berlin 204, S.18ff

⁸⁴ Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz, Rechte Gewalt in Berlin, Berlin 204, S.38

⁸⁵ Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz, Rechte Gewalt in Berlin, Berlin 204, S.31, 43

in 65% der Gewaltfälle als Gruppe an ein einzelnes Opfer oder an zwei Opfer (18%) heran und übten Gewalt aus.

Die zu 94% den Tätern unbekanntem Opfer⁸⁶ von rechtsextremer Gewalt waren laut Berliner Senatsstatistik im Zeitraum von 1998-2003 in 63% der Fälle „Ausländer“ (von den Tätern als nicht deutsch eingestuft). Zu 21% stellten diese Angriffe auf „Linke“ und 10% auf Repräsentanten des Staates (insbesondere Polizeibeamte) dar.⁸⁷ Aufschlussreich ist ein Vergleich der Statistiken von Lichtenberg und Reinickendorf.

Vergleich Gewalt gegen Ausländer 1998-2003 Lichtenberg und Reinickendorf⁸⁸

Bezirk	Wohnbevölkerung	Anteil ausländischer Wohnbevölkerung	Anteil rechter Gewalttaten
Lichtenberg	260.800	7,9%	17%
Reinickendorf	245.700	8,6%	2%

Militanzschema

Für den Verfassungsschutz und die Polizei erkennbar wird ein Militanz-Schema, das als Rechts-Links-Auseinandersetzung bezeichnet und als grundsätzlich eskalativ angesehen wird, was auch für den Untersuchungsbereich bedeutsam ist.⁸⁹

Aussagen zum Dunkelfeld von Straftaten liegen nicht vor. Hier bietet es sich an, eine kriminologische Dunkelfeldanalyse vorzunehmen.

Personen- und Gesellungspotential

Im Verfassungsschutzbericht 2005 wird das Differenzierungsschema des Rechtsextremismus durch die Behörden der Inneren Sicherheit verdeutlicht. Die gewonnenen Kategorien lassen Rückschlüsse auf das soziale und politische Verhalten von Personen und Gruppen zu, die zur Gewinnung von strategischen Ansätzen und alltäglichen Verhaltensorientierungen im Interventionsbereich von Staat und Bürger nutzvoll sein können.

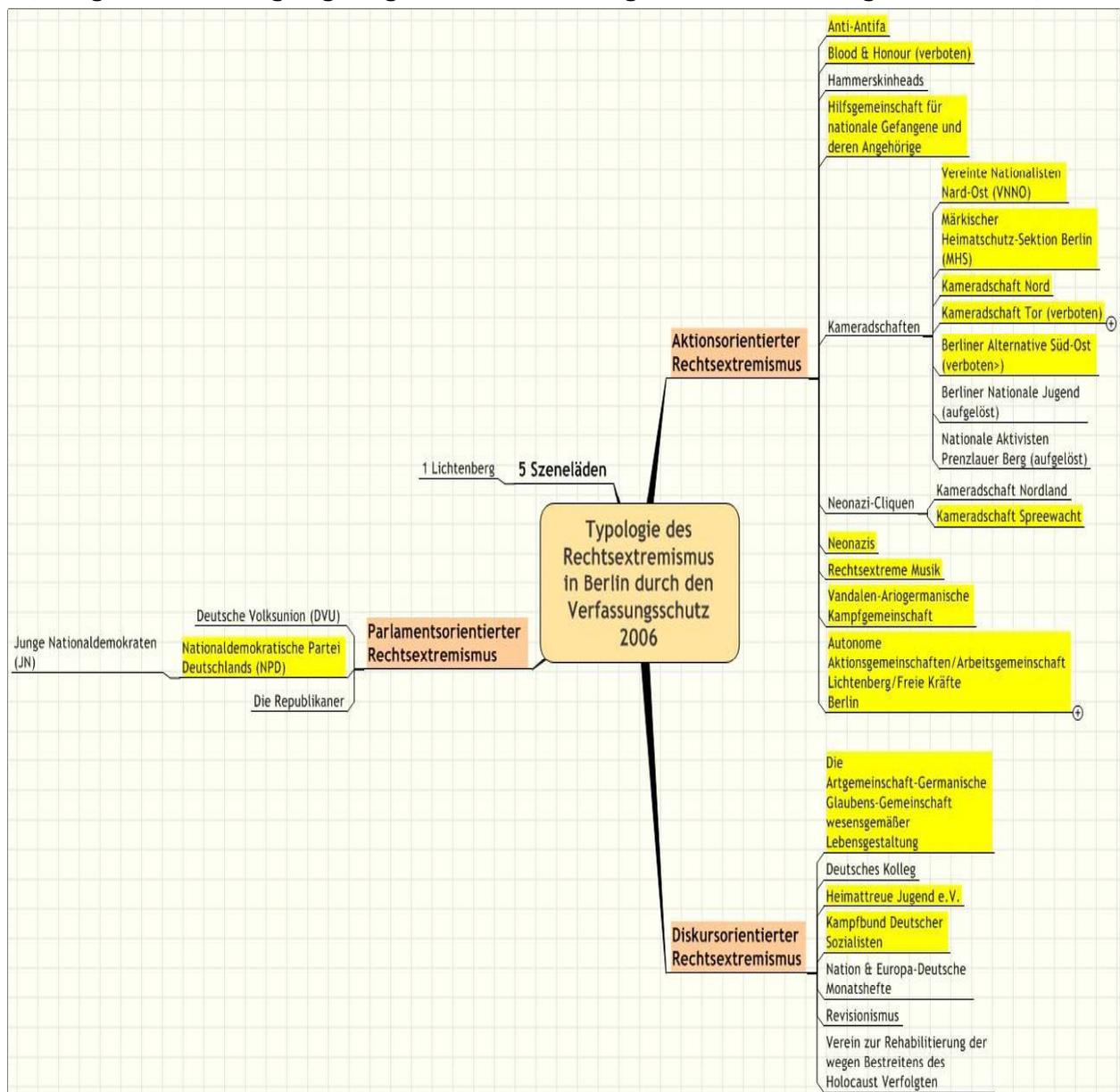
⁸⁶ Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz, Rechte Gewalt in Berlin, Berlin 204, S.56

⁸⁷ Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz, Rechte Gewalt in Berlin, Berlin 204, S.53

⁸⁸ Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz, Rechte Gewalt in Berlin, Berlin 204, S.55

⁸⁹ Verfassungsschutzbericht Berlin 2005, Berlin 2006, S.329

Typologie des Rechtsextremismus in Berlin im Verfassungsschutzbericht 2005
(Die gelbe Unterlegung zeigt die Verflechtung mit dem Weitlingstraßenkiez)



Zusammenfassung der sozialen und politischen Relevanz – Verdichteter Raum⁹⁰

Klar erkennbar wird, dass Berlin-Lichtenberg ein Schwerpunkort des Rechtsextremismus ist. Der Berliner Verfassungsschutz bezeichnet mit dem Begriff des „verdichteten Raums“, die Konzentrierung von Rechtsextremen sowie die Häufung von rechter Gewalt in bestimmten Stadtteilen. Dieser Begriff unterscheidet sich offensichtlich von den Begriffen „No go area“ und „National Befreite Zone“⁹¹, da diese eine soziale Konstanz des Rechts-

⁹⁰ Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz, Rechte Gewalt in Berlin, Berlin 204, S.53

⁹¹ Die Essenz dieser Begriffe soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden

extremismus und diesen in höchster Ausprägung suggerieren. Gleichwohl finden sich im Begriff des verdichteten Raumes Bestimmungselemente der unterschiedenen Begriffe, wie die spürbare Kombination von privater und öffentlicher Präsenz, kultureller und politischer Aktivität, Gewalt und Drohung sowie die Entfaltung einer ideologischen und symbolischen Auseinandersetzung um geistiges und räumliches Terrain. Der Begriff des „verdichteten Raumes“ lässt den Rückschluss auf eine spürbare und objektivierbare Realität von rechtsextremen Erscheinungen zu, ist jedoch derzeit nicht quantifizierbar. Insofern bleibt auch der Begriff des verdichteten Raumes in der Öffentlichkeit und in der Politik ein schwieriger Begriff. Trotzdem sollte er nicht aufgegeben werden, da er trotz der Schwächen einen analytischen Kern und praktischen Wert besitzt, den es besser zu erschließen gilt.

3.2. Darstellung in den Medien

Der Weitlingkiez ist seit 1989 wiederholt in den Blickwinkel regionalen und überregionalen demokratischen Medien geraten. Eine vollständige Presseauswertung hätte den Umfang dieser Studie gesprengt und eine eigene Diskursanalyse verlangt.

Dennoch sollen einige Grundmuster der Berichterstattung dargestellt werden. Dazu wurden von uns zunächst 17 Reportagen in den Printmedien „die tageszeitung“, „Der Tagespiegel“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Neues Deutschland“, „Berliner Zeitung“, „Frankfurter Rundschau“ und „Süddeutsche Zeitung“, aus dem Jahr 2006 begutachtet. Die Breite der Presseorgane garantiert eine Übersicht vom linken bis zum konservativen Bereich der deutschen Printmedienlandschaft.

Nahezu alle Reportagen ähneln sich im Aufbau. Ausgangspunkt ist ein aktueller Vorfall, hier der Überfall auf den PDS Abgeordneten. Danach wird auf die Geschichte des Weitlingkieses verwiesen um anschließend die Frage zu stellen: Ist der Ruf der Straße heute noch gerechtfertigt und wie stark ist der Rechtsextremismus im Kiez tatsächlich?

Bei der Darstellung der Geschichte des Kiezes konzentriert sich der Großteil der Berichte auf die besetzten Häuser, damit verbundene Straßenschlachten mit Gegnern des Rechtsextremismus, sowie auf Vorfälle mit rechtsextremen Hintergrund besonders gegenüber Migranten am naheliegenden Bahnhof. Auch der Name Ingo Hasselbach wird häufig genannt. Mit der Aufgabe der Häuser und dem Ausstieg Hasselbachs wird die Situation in den Berichten als zumeist „beruhigt“ oder „normalisiert“ beschrieben. Nur vereinzelt gibt es Hinweise auf andauernde Gewalttaten mit politischem Hintergrund im Kiez und damit eine Kontinuität von rechtsextremer Gewalt.

Die anschließenden Reportagen ähneln sich wiederum im methodischen Muster. Zumeist finden Vor-Ort-Begehungen im Kiez statt.

Die Beobachtungen werden dabei ergänzt durch einzelnen Gesprächsnotizen aus zufälligen Gesprächssituationen, sowie durch offiziellen Verlautbarungen des Bezirkes, der Polizei oder auch von Experten zum Thema Rechtsextremismus. Von den untersuchten Artikeln geben sich 15 Autoren als zunächst ergebnisoffen. Sie begaben sich aber mit der Zielstellung in den Kiez, rechtsextreme Phänomene, so vorhanden, zu beschreiben. Lediglich zwei Reportagen im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft setzten bereits voraus, dass es sich beim Weitlingkiez um eine „rechtsextreme Hochburg“ handle und begaben sich auch gezielt mit dieser Maßgabe vor Ort, um in vergleichender Perspektive mit Kiezen aus Kreuzberg die Fankulturen zum Fußballfest zu erfassen.

In den Beschreibungen wird zumeist auf die „Normalität“ der Einkaufsstraße verwiesen. Dabei wird allerdings nicht ausgeführt, was „Normalität“ in diesem Kontext meint, oder zugespitzt: welche Erwartungshaltung verbirgt sich hinter den Aussagen, dass – wider Erwarten? – Normalität in dieser Berliner Einkaufsstraße herrsche? Diese Form der Normalität wird zumeist beschrieben mit der Existenz von „normalen“ Einkaufsläden und besonders auch von Döner-Läden sowie einem italienischen Restaurant vor Ort, die als Ausdruck multikulturellen Lebens gedeutet werden. Sie werden unterlegt mit Aussagen von Migranten, die sich „sicher“ fühlen oder aussagen, dass es früher viel schlimmer gewesen sei und, dass sie zumindest tagsüber keine Angst hätten, sich im Kiez zu bewegen.

Allgemein „vermisst“ wurden in den Beobachtungen der Journalisten rechtsextreme Ausschreitungen, Gewalttaten und häufig auch der mediale Vorzeigetypus des brutalen rechtsextremen Schlägers mit Glatze und Bier und Baseballkelle in den Händen⁹². Statt dessen finden einige Autoren eher subtile Phänomene, ästhetische Ausdrucksformen und Gesprächspassagen, die sie in Verbindung mit einer rechtsextremen Alltagskultur setzen. Dazu gehören Beobachtungen wie Reichskriegsfahnen, Kleidungsstücke von Kneipenkunden oder auch Gespräche mit deutschen Anwohnern über das Verhalten von Ausländern und Linken, die beiderseits in den Gesprächen wenig geschätzt würden.

Positive Bemerkungen über den Kiez gibt es in den vorliegenden Reportagen nur wenige. Sie konzentrieren sich zumeist auf Aussagen über ein Problembewusstsein auf Seiten des Bezirksamtes und einzelner Anwohner sowie auf einzelne Aktionen wie das Gelbe Fest. Der Grundtenor der Berichte hingegen ist verhaftet in der mal deutlich benannten und mal eher fragenden Ausrichtung, dass der Rechtsextremismus noch heute ein bestimmendes Element des gesellschaftlichen Klimas im Kiez sei.

3.3. Problemsicht der Anwohner, Gewerbetreibenden und Experten

Bei der Interviewauswertung konnten wir keine spezifische Sichtweise einer bestimmten Akteursgruppe erkennen. Die höchste Sensibilität gegenüber rechtsextremen Phänomenen und Erscheinungsformen wiesen in den Gesprächen örtliche Sozialpädagogen, spezi-

92

ell Familienhelfer, auf. Diese Tatsache lässt sich anhand der beruflichen „Innenperspektive“ erklären, da Pädagogen direkt Kontakt mit einem Problemklientel haben. Diese Berufsgruppe war auch über rechtsextreme Symbolik und Argumentationen aufgeklärt und hatte in einigen individuellen Hilfeplänen eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus integriert.

Im Folgenden werden Kategorien bezüglich der Problemwahrnehmung im Sanierungsgebiet Weitlingstraße aufgestellt und mit Beispielen aus den durchgeführten Interviews belegt.

Verharmlosung und Problemverschiebung

Der Rechtsextremismus wird in dieser Argumentation nicht geleugnet, sondern verharmlost und auf andere Sachverhalte zurückgeführt. Es findet eine Umkehr des Ursache - Wirkungsprinzips statt. Auf die direkte Frage, ob die Interviewten Rechtsextreme im Distrikt wahrnehmen, wird nicht direkt geantwortet, sondern eine Problemverschiebung hin zu fehlenden beruflichen Möglichkeiten oder Bildungsmöglichkeiten gegeben.

„Ja. Aber meiner Meinung nach, alles nur Mitläufer. Is nich mehr. Die protzen halt nur und haben gar nicht wirklich die richtige Ahnung, watt die Geschichte angeht und so. Warum se die Meinung vertreten, dat wissen sie gar nicht wirklich. Dat is einfach nur der Freundeskreis. Im falschen Freundeskreis drin. Da sind sie auf einmal reingekommen und dann sind se auf einmal rechts“ (Interview 4, S.2)

„Ich denke, dass es eine Bildungsfrage ist. Wir haben hier starke soziale Probleme, Bildungsprobleme.“ (Interview 10, S. 4)

„Ja, da gab es schon Rechtsextreme, aber nicht übermäßig. Aber das Interessante ist, dass die alle aus Stasielternhäusern kommen“ (Interview 9, S.3)

Materialistische Perspektive

Bei dieser Problemwahrnehmung wird der eigene, direkte Vorteil in den Fokus der Argumentation gestellt. Rechtsextremismus wird nicht als Gefahr für das demokratische Gemeinwesen wahrgenommen, sondern nur im Hinblick auf die eigene Schädigung.

„Die Wahrnehmung ist eben schon so: Was ist mein Schaden von dem? – Und der Schaden einer kaputten Schaufensterscheibe scheint den meisten doch sehr viel aggressiver gegen sich selbst gerichtet zu sein, als der Schaden, den man ja wahrscheinlich auch bemessen kann, [...] der Schaden des Images [...] der, ich meine, ich finde, es ist auch ein ganz anderer Schaden, ein moralischer Schaden, den eine Gesellschaft haben kann, aber das will ich ja jetzt auch keinem nahe legen. Wenn er sich nicht gestört

fühlt: Bitte. – So lange es keine Straftaten sind, kann man ja auch an der Ebene Schluss machen“ (Interview 1, S.4)

Normalisierung des Rechtsextremismus

Mit der Begründung, dass die rechten Straftaten und Personenzusammenhänge in Lichtenberg nicht über dem städtischen Durchschnitt liegen wird Rechtsextremismus alltäglich. Das Auftreten selbst ist normal und somit unabänderlich. Ein Handlungsbedarf in dem Bezirk wird von den Interviewten nicht für nötig gehalten.

„Hier gibt es Rechte genauso wie es sie in Treptow, Köpenick, Kreuzberg, Schöneberg gibt. Es ist öfter in den Medien. Einmal in den Medien, dann wird aus einer Mücke ein Elefant gemacht.

Dass die Leute hier rechtsextrem sind, wir sind ein freies Land, wir können auch die NPD nicht verbieten, wir haben ein freies Wahlrecht, wir können auch nicht verbieten, wenn die hier ein angemeldeten Stand von einer Partei machen, oder so, das ist in dem Fall mal leider so, letztendlich gehört Demokratie auch dazu, dann muss man gucken das anders zu regeln. Aber ich persönlich sehe nicht mehr Rechtsextremismus als auch in Friedrichshain, Mitte oder anderen Bezirken“ (Interview 2, S.1)

„Es äußert sich nur dann, wenn es mal wieder eskaliert, und sich gerade in der Weitling-Straße die Menschen zusammenfinden, sich hier auf die Nase hauen, hier demonstrieren, hier eine Demonstration anmelden, weil die wissen, bei der Weitling-Straße gehen die Ohren auf halb acht, und da ist dann auch Medienrummel da, und ich denke, durch solche Demos, die angesetzt werden, ist die Chance, dass die rechte Szene sichtbar wird. Aber während des normalen Alltags sind die eigentlich nicht zu spüren. (lacht)“ (Interview 2, S. 2)

Nicht- Wahrnehmen und Leugnen des Problems

Rechtsextremismus wird in dieser Problemwahrnehmung historisiert und ist demnach im Alltagsleben in Lichtenberg nicht mehr vorhanden. Die Argumentation wird daraus begründet, dass die Vielzahl von „Dönerläden“ und „Ausländer“ Rechtsextreme aus dem Straßenbild verdrängt haben.

„Ich erlebe es ja eher anders, also die Weitlingstr. ist zur Dönermeile geworden, das wäre auch nicht möglich, wenn da tagtäglich aggressive, ausländerfeindliche Dinge wären auf der Straße, ich kann mir das nicht vorstellen. Das ist da ein Miteinander gewordener Alltag und das gefällt mir eigentlich auch ganz gut. Also ich kenne das ja nur aus der Wendezeit und da war der Bahnhof Lichtenberg und mit den ganzen Ausländern, die da auch gewohnt haben. Das war da [...], bevor Ausländerheime in der DDR überhaupt eingerichtet wurden, haben die auf den Bahnhof äh[...]. Aber das Alltagsle-

ben der Straße ist inzwischen ein ganz normales Kiezleben geworden, man kann sich da bewegen auch als Ausländer“

Eingeschränktes Problembewusstsein

In dieser Perspektive wird ein Problem mit Rechtsextremismus offen benannt. Dieser wird aber nicht als politische Einstellung definiert, sondern als Kriminalität von sozialen Randgruppen wahrgenommen.

Oft steht im Vordergrund der Kritik die negative Berichterstattung über den Kiez, die den Ruf des Bezirks schädigt.

„Ja, ja, sicher, gibt es da den Einen oder Anderen, ich hab das nicht so als negativ aufgefasst, oder die sind nicht negativ aufgefallen, wo ich denke, das sind ja die totalen Rechten hier, die randalieren auf der Straße. Überhaupt noch nicht. Oft sind das alles Leute aus ärmlichen Verhältnissen.“ (Interview 5, S.5)

„Ich kenne die Entwicklung seit der DDR Zeit, ich weiß, dass es Rechtsextremismus gibt. Äh, ich würde mich auch schwer davor stellen, dass zu verneinen oder zu verniedlichen, aber so, wie es die Presse darstellt, also das ist für den großen Teil der Gewerbetreibenden als auch für den großen Teil der Bewohner diffamierend. Mehr kann ich eigentlich jetzt im Großen nicht sagen“ (Interview 9, S.1)

Kritische Perspektive

In dieser Argumentation wird Rechtsextremismus benannt, differenziert und problematisiert. Es wird zwischen „zwei Gesichtern des Kiezes“ unterschieden, der Tages- und Nachtperspektive.

Auch findet eine Unterscheidung zwischen rechts- orientierten Menschen und politischen Rechtsextremismus, der sich in Demonstrationen etc. äußert, statt. Der eigenen Betroffenheit und Ratlosigkeit wird Ausdruck verliehen.

„Ich glaube, es gibt so zwei Sachen zu diesem Gebiet. Einerseits, sage ich einmal, ist es supersaniert. Ich selber wohne in einer sanierten Wohnung. Das ist alles in Ordnung. Das ist so die Oberfläche. Unter der Oberfläche, die man vielleicht nicht mitbekommt, wenn man vielleicht abends nicht aus der Wohnung geht, dann sieht man das halt nicht. Oder nicht mehr früh morgens irgendwie früh kommt. Dann kriegt man vielleicht mit, was im Bezirk wirklich los ist. Und ich kriege es manchmal durch die Familien mit, wenn ich sehe, was die für Internetseiten haben. Durch einen Seitenblick. Und da kann einem dann schon Angst und Bange werden. Und ich denke, wir haben eigentlich seit Jahren oder Jahrzehnten ein gut funktionierendes, rechtes Netz“ (Interview 3, S.1).

„Aber als dieser Erfolg in Sachsen war, da sind die Abends dann marschieren gegangen und ich dachte wirklich das war ein böser Traum und genau in der Marie–Curie–Allee, da ging ihre Route lang und genau schräg rüber von uns, da haben sie immer ihre Treffen [...], also da war immer der Zentralpunkt von ihren Demos, ähm und da haben sie ihre Reden geschwungen und das war einfach gruselig. Und da hab ich das erst Mal das erlebt, also was ich vorher nie in fünf Jahren gesehen hatte, da an dem Neubau. Wo ich es öfters gesehen, also jetzt nicht so eine Demonstration von NPD oder so, aber was mir öfter begegnet ist, waren irgendwelche, na ja so typisch gekleidete junge Leute mit Bomberjacke, Stiefel, Glatze, so an U–Bahn und S–Bahn Höfen, also dass kannte ich, aber die machten da jetzt nichts, die liefen da, aber, also dass war ein normales Bild. Aber direkt diese Märsche und diese Demonstrationen hab ich erst in der Marie–Curie Allee erlebt und auch viel mehr gesehen, von diesen, die dort rum liefen“ (Interview 11, S.2).

4. Zusammenfassung

Es gibt einen „Mythos – Weitlingstraße“, der sich aus der Aneinanderreihung von historisch verschiedenen rechtsextremen Organisationsbestrebungen und Kulturaneignungen speist.

Einige Medien schafften mit der Aneinanderreihung von Bildern und Ereignissen eine „Erzählung“ über die Weitlingstraße, die durchaus von der rechtsextremen Szene als Identifikationsangebot genutzt werden kann. In unserer Untersuchung hat sich dagegen gezeigt, dass verschiedene historische Zyklen von rechtsextremen Aktivitäten im Untersuchungsgebiet zu erkennen sind. Anfang der neunziger Jahre kann von einer Hochphase des organisierten Rechtsextremismus gesprochen werden, in der sich Neonazis Teile des öffentlichen Raums angeeignet haben, politisch und kulturell in dem Kiez präsent waren. Nach den Partei- und Organisationsverboten Mitte der neunziger Jahre, sowie diversen Zerfallsprozessen der rechtsextremen Szene, trat eine vorübergehende Beruhigung in dem Untersuchungsraum Weitlingstraße ein. Gleichzeitig wohnten und arbeiteten viele Rechtsextreme in diesem Gebiet und waren, weniger ideologisch, dafür alltagskulturell präsent.

Der Bezirk galt von 1995 bis 2001 als Rückzugsraum für die rechtsextreme Szene, indem eine rechtsextreme politische Kultur ungestört ausgelebt werden konnte.

Eine erneute politische Organisation begann, zunächst auf der Nordseite Lichtenbergs, mit der Eröffnung des Café Germanias und der Kameradschaft Germania Ende der neunziger Jahre. Von diesem Zeitpunkt an steigerten sich rechtsextreme Aktivitäten und Erscheinungsformen im Bezirk. Heute kann durchaus wieder von einer Hochphase des Rechtsextremismus in der Gegend der Weitlingstraße gesprochen werden. Als real erwies es sich, dass ein verdichteter Siedlungsraum von organisierten Neonazis zu verzeichnen

ist, der zur Zeit nicht nur als Wohnraum, sondern auch als Agitationsfeld genutzt wird. Die Anzahl der organisierten, rechtsextremen Kameradschaften und Aktionsgruppen ist hoch. Durch die Kooperationsrunden ist es von Seiten der Rechtsextremen geschafft worden, eine Vernetzung im Bezirk zu erreichen und spontan auf aktuelle Ereignisse zu reagieren.

Ein Bindeglied zwischen Rechtsextremen, rechten Jugendlichen und Fußballfans aus dem Kiez, stellt der Ostberliner Verein BFC Dynamo dar. Durch diese alltagskulturellen Überschneidungen wie dem gemeinsamen Interesse an sportlichen Veranstaltungen, Vorlieben für bestimmte Musik- und Freizeitangebote, werden rechtsextreme Argumentationsmuster und Ideologien von Teilen der Wohnbevölkerung nicht als demokratiefeindlich erkannt.

Es gibt weniger eine Kameradschaftsstruktur, die diesen Prozess anleitet, vielmehr haben sich einzelne Protagonisten verschiedenster Organisationen verbündet, um gemeinsam im Bezirk tätig zu werden. Verschiedenste Agitations- und Propagandaaktionen wie die Verteilung der verbotenen Schulhof-CD, Verbreitung von rechtsextremen Flugblättern und Plakaten, sowie Demonstrationen werden im Distrikt um die Weitlingstraße durchgeführt. Offene und codierte rechtsextreme Symbole gehören in dem Untersuchungsraum zum Stadtteilbild.

Auch kann von Angstzonen für bestimmte Personengruppen rund um den Bahnhof, sowie in der Umgebung der „Bierkiste“ gesprochen werden. Gleichzeitig sind diese Orte stark belebt und werden trotz des subjektiven Angstgefühls auch von potentiellen Opfergruppen wie Migranten und alternativen Jugendlichen genutzt. Anwohner und Gewerbetreibende aus dem Untersuchungsraum verhalten sich bisher noch zögerlich. Nach dem Angriff auf Giyasettin Sayan erstellten auf Initiative der Stadtbildagentur die Gewerbetreibenden ein Plakat, welches sich generell gegen Gewalt richtete. Bezüglich des Rechtsextremismus positionierten sich die befragten Akteure nur eingeschränkt. Bei einer großen Anzahl der „alteingesessenen“ Anwohner und Gewerbetreibenden ließ sich ein Mechanismus der Problemverschiebung oder Problemverdrängung erkennen. Für sie war die negative Berichterstattung in den Medien das Hauptärgernis. Rechtsextreme Aktivitäten sind für ein Großteil der Interviewten nicht stärker vertreten, als in anderen Bezirken auch. Der Wunsch in der politischen Diskussion neutral zu bleiben und alle Anwohner, gleich welche Interessen sie haben, mit in die Stadtteilarbeit zu integrieren, ist stark ausgeprägt. Dieser Umstand stellt eine ideale Voraussetzung für rechtsextreme Organisationen dar, um regional in dem Stadtbezirk tätig zu werden.

5. Handlungsempfehlungen

Veränderungen des lokalen politischen Klimas können zwar von außen inspiriert werden, bedürfen aber immer einer Basis im Ort selber. Die Entwicklung von Handlungsoptionen setzt deshalb eine mehrdimensionale Analyse voraus. Zu ihr gehören:

- a) Klärung der tatsächlichen Situation. Dazu soll diese Studie beitragen.
- b) Definition von Handlungsgruppen und deren Interessen.
- c) Definition von Handlungsorten und Zuordnung von Handlungskompetenzen an die lokalen Akteure.

Folgende Fragen müssen beantwortet werden:

- a) Welche Probleme liegen vor?
- b) Welche Gruppen gibt es im Kiez und welche Interessen haben sie, sich dem Thema zu stellen oder auch nicht?
- c) Welche Gruppe kann zur Lösung der vor-Ort-Probleme was leisten?
- d) Wie sind diese Gruppen zu motivieren oder auch zu kontrollieren, dass sie ihre Aufgaben auch erfüllen?

Leider bieten auch professionelle Berater immer wieder Angebote an, die Interessen der vor-Ort-Lebenden ignorieren und nur mittels allgemeiner Aufklärung über Gruppen oder Symboliken Handlungen zu inspirieren versuchen, ohne die Frage zu berücksichtigen, was vor Ort gewünscht und was vorausgesetzt werden kann.

Bezüglich des Untersuchungsbereichs soll im vom Zentrum demokratische Kultur geplanten Workshop ein Handlungskonzept für den Kiez erstellt werden. Der Workshop kann sich an den obigen Fragestellungen orientieren. Ohne der Debatte vorausgreifen zu wollen, seien an dieser Stelle dennoch einige zusätzliche Ausführungen erlaubt.

Eine stabile demokratische Kultur setzt das Zusammenspiel aus demokratischen Strukturen und einer demokratischen Kultur in der Gesellschaft voraus. Kultur bemisst sich dabei nicht alleine in demokratischen Einstellungen in der Breite der Bevölkerung aus, sondern zeigt sich auch in der demokratischen Selbstorganisation in Form der sogenannten Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaft meint zunächst nur jenen staatlichen Raum, in dem sich Vereine, Vereinigungen oder sonstige Gruppen organisieren, um gesellschaftliches Engagement zu leisten. Diese Sphäre wird gezielt von rechtsextremer Seite besetzt. Besonders die Organisationen der Kameradschaften zielen auf eine Dominanz innerhalb der Sphäre der Zivilgesellschaft, um auf diesem Weg die Demokratie zu bekämpfen und eine

Alternative zum bestehenden System zu propagieren. Vor diesem Hintergrund ist es somit wesentlich, dass auch von demokratischer Seite eine Selbstorganisation in der Zivilgesellschaft stattfindet und die – und das ist das Entscheidende im Untersuchungsraum – auch eine eindeutige Haltung zu allen Formen des Rechtsextremismus bezieht. Es geht dem ZDK-Team nicht darum, Rechtsextremisten als Menschen zu bekämpfen, sondern ihre Ideologien und damit verbundene Verhaltensformen dauerhaft in Frage zu stellen. Eigene Wertvorstellungen müssen dem Rechtsextremismus entgegengestellt werden, die Rechtsextremisten dürfen nicht unhinterfragt ins Gemeinwesen integriert werden. Es geht somit nicht darum, Rechtsextremisten in ihren Rechten (z. B. im Kiez zu wohnen) zu beschränken, sondern es geht darum, den Umgang mit ihnen zu gestalten.

Welche Interessen zeigten sich in der Untersuchung? Die mediale Berichterstattung über den Kiez ist fast durchgehend negativ. Das Image der Einkaufsstraße ist verheerend und ist kompatibel mit den ökonomischen Sorgen einiger Gewerbetreibenden. Sie gehören zu einer zentralen Machtgruppe im Kiez, deren Handeln Beachtung findet. Der Zusammenhang zwischen ökonomischer Prosperität und dem Image einer Einkaufslage ist in den Wissenschaften unstrittig. Eine Veränderung des Images ist dabei nur durch eine Veränderung der Positionierung der Gewerbetreibenden sowie durch einen schrittweisen Abbau der Wohlfühlinfrastruktur der rechtsextremen Szene denkbar.

6. Literaturliste

Antifa Hohenschönhausen (2005): Motiv rechts. Eine Dokumentation der Rechtsextremen in Lichtenberg. Berlin

Balibar, Etienne, Wallerstein, Immanuel (1998): Rasse, Klasse, Nation. Argument Verlag. Hamburg. Berlin

Borstel, Dierk (2003): Begriffsbestimmungen. Demokratie – Normative Zielvorstellung des Community Coaching. In: Zentrum Demokratische Kultur (2003): Gegen Rechtsextremismus hilft mehr Demokratie. Community Coaching - Kommunalanalyse und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen. Klett- Verlag. Leipzig

Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Suhrkamp. Frankfurt a. Main

Gabriel, Ralph, (2004): Futur Exakt. Jugendkultur in Oranienburg zwischen rechtsextremer Gewalt und demokratischem Engagement. Schiller Verlag. Berlin

Grabowsky, Fabian (2006): Ansichten einer Problemstraße. In: Spiegel Online:
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,417918,00.html>

Grumke, Thomas (2002): Zur rechtsextremen Entwicklung und Strategien. In: Grumke, Thomas/ Wagner, Bernd (2002): Handbuch Rechtsradikalismus. Opladen. Leverkusen

Hasselbach, Ingo (2001): Die Abrechnung. Aufbau Taschenbuch Verlag. Berlin

Hauswald, Harald/ Farin, Klaus (1993): Die Dritte Halbzeit - Fußballfans und Hooligans, Berlin

Heitmeyer, Wilhelm (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Juventa- Verlag. Weinheim

Heitmeyer, Wilhelm (1994): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen und fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Suhrkamp. Frankfurt am Main

Jaschke, Hans-Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden

Kemper, Markus/ Klier, Harald/ Funke, Hajo (1998): „Ich will mich nicht daran gewöhnen“. Fremdenfeindlichkeit in Oranienburg. Das Arabische Buch. Berlin

Klemm, Jana/Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie (2005): Jugendengagement in einer demokratischen Stadtkultur. In: Berliner Debatte Initial, Heft 3, 16.Jg. , 2005, S.33-45

Lamneck, Siegfried (1995): Qualitative Sozialforschung. Band 2. PV4. Weinheim

Luther, Jörn/ Willmann, Frank (2003): BFC Dynamo Der Meisterclub, Das neue Berlin. Berlin

Luzar, Claudia (2002): Fallstudie Hennigsdorf. Eine Analyse rechtsextremer Gewalt aus der Opferperspektive. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Otto-Suhr-Institut Berlin

Prozessbeobachtungsgruppe Guben (Hg.) (2001): Nur ein Toter mehr... Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben. Unrast- Verlag. Hamburg. Münster

Reach Out (2005): Chronologie rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin. In: <http://www.reachoutberlin.de/doc/chronik-2005.pdf>

Rommelspacher, Birgit (2006): „Der Hass hat uns geeint“. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene. Campus. Frankfurt am Main

Röpke, Andreas/ Speit, Andreas (Hg) (2005): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. CH. Links Verlag. Berlin

Schwertmüller, Marielle (2002): Der Berliner und der Brandenburger Verfassungsschutz streiten sich. In: Nr. 33/2002 - 07. August 2002. Berlin

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (2004): Rechte Gewalt in Berlin. Mercedes Druck. Berlin

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (2004): Verfassungsschutzbericht 2004. Berlin

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (2005):

Verfassungsschutzbericht 2005. Berlin

Statistisches Landesamt Berlin (2005): Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag in Berlin am 18. September, Wahlergebnisse Bundestagswahlkreis 87 in Berlin- Lichtenberg

Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie/Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtgesellschaften als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Juventa. Weinheim. München

Wagner, Bernd (1994): Jugend - Gewalt, Szenen. Rowohlt. Berlin

Wagner, Bernd (1998): Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Zentrum Demokratische Kultur. Berlin

Wagner, Bernd (2002): Kulturelle Subversion von rechts in Ost- und Westdeutschland. Zentrum Demokratische Kultur. Berlin.

Wagner, Bernd/ Grumke, Thomas (2002): Handbuch Rechtsradikalismus. Opladen. Leverkusen

Wilking, Dirk (2006): Rechtsextremismus und Rocker. Milieus in Brandenburg und ihr Verhältnis zueinander. Unveröffentlichtes Manuskript. Mobiles Beratungsteam Brandenburg

Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2003): Rechtsextreme Phänomene in Friedrichshain – Kreuzberg und Möglichkeiten der demokratischen Intervention. Eine Kommunalanalyse im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Teilstudie Friedrichshain Berlin

7. Anhang

Rechtsextreme Sprühereien rund um den Bahnhof Lichtenberg



Mordaufruf gegen politisch Andersdenkende. C4 ist ein Kürzel für einen Sprengstoff



Symbolische Auseinandersetzung im öffentlichen Raum



Horst Wessel (SA-Sturmführer), gilt als Vorbild der Freien Kameradschaften



Transparent bei einem Heimspiel des BFC Dynamo

Die Lichtenberger Dynamo Crew hält regen Kontakt zu Kameradschaften



Aufkleber der Freien Kräfte Berlin. Gefunden in der Weitlingstraße



Aufkleber, gefunden im Weitlingkiez



NPD-Büro Siegfriedstraße/Bornitzstraße



Rechtsextreme Schülerzeitung, die in Lichtenberg verteilt wurde